

# REPORT



**Konjunktur:  
Kein dynamischer Aufschwung**

# REPORT

<b>Editorial</b> .....	3
<b>Konjunktur</b>	
Österreich Konjunktur .....	4
BA-Konjunkturindikator .....	6
Internationale Konjunktur .....	7
Osteuropa Konjunktur .....	8
Branche: Chemie.....	10
<b>Finanzmarkt</b>	
Finanzmarkt Ausblick.....	13
<b>Themen</b>	
EU Erweiterung .....	14
Finanzieller Rahmen.....	17
Serbien und Montenegro.....	19
Bosnien .....	21
Investitionsleitfäden Tschechische Republik und Slowakei.....	23
<b>Tabellen</b>	
Österreich/International .....	24
Osteuropa .....	26

**Die Autoren dieser Ausgabe:**

- Mag. Stefan Bruckbauer.....Leiter-Stv. der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria
- Mag. Kurt Fesselhofer .....
- Mag. Marianne Kager .....
- Mag. Walter Pudschedl.....
- Bernhard Sinhuber .....
- Mag. Alexander Tscherteu .....
- Mag. Günter Wolf .....

**Impressum: REPORT**

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: BA/CA-Gruppe  
<http://www.bankaustria.com>  
 E-Mail: [inter.contact@bankaustria.com](mailto:inter.contact@bankaustria.com)  
 Redaktion: Abteilung Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen; Produktion: Abteilung Group Public Relations  
 Auskünfte: (01) 71191/DW 51053 (Inhalt), (01) 71191/DW 56137 (Produktion)  
 Redaktionsschluss: 26. März 2002  
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe  
 Druck: AV-Druck, Faradaygasse 6, 1030 Wien;  
 Design&Grafik: Horvath, Leobendorf  
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichten Papier  
 Titelfoto: Corbis Stock Market

**Publikationen-Service:**

Telefon: 711 91/ DW 56141,  
 Fax: 711 91/ DW 56149,  
 E-Mail: [pub@bankaustria.com](mailto:pub@bankaustria.com)

# 2010 ein ehrgeiziges Ziel

## Der „Barcelona“ Gipfel

**Europas Ziel ist es bis 2010 den Aufholprozess gegenüber den USA erfolgreich vollzogen zu haben. Ein ehrgeiziges Ziel, wenn man bedenkt, dass die USA in den letzten 10 Jahren ständig stärker gewachsen sind als Europa, und sie – sieht man vom Einbruch 2001 einmal ab – sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr Europa im Wachstum wieder überholen werden.**

Angesichts einer Ausgangssituation, in der das US-amerikanische BIP pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) um gut 50 % höher ist als der EU-15-Durchschnitt, kein Mitgliedsstaat außer Luxemburg nur annähernd das US-Niveau erreicht und die Stundenproduktivität um gut 25 % über dem europäischen Wert liegt, ist dies zugegebenermaßen ein sehr ehrgeiziges Ziel.

Als vorrangige Maßnahmen hat der europäische Rat in Barcelona neben der Integration der europäischen Energie-, Vertriebs- und Kommunikationsnetze (Stromliberalisierung!) die aktive Vollbeschäftigungspolitik und Investitionen in Wissen und Innovation

(Forschung und Entwicklung / F&E-Politik) behandelt. Und auch hier: die Ziele sind mehr als ehrgeizig.

◆ Wenn das Ziel von 70 % Erwerbsbeteiligung erreicht werden soll (63,3 % 2000), dann müssen in Europa 20 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei einer gewünschten Frauenerwerbsquote von 60 % heißt das, 11–12 Mio. dieser Arbeitsplätze müssen für Frauen „reserviert“ werden, weitere 5 Mio. für ältere Arbeitnehmer, deren Partizipationsrate 2010 50 % betragen soll. Bei einem jährlichen Produktivitätsanstieg von 1,4 % p.a. würde das bedeuten, dass die EU nach dem schwachen Wachstum zu Beginn des Jahrzehnts in den verbleibenden 7 Jahren mit durchschnittlich 3 % p.a. wachsen müsste.

◆ Die F&E-Ausgaben der Union sollten 2010 ein Niveau von ca. 3 % des BIP erreichen. Ein gleichwohl ehrgeiziges Ziel. Unter 2 % betrug der F&E Koeffizient 2000 in der EU, 2,8 % in den USA. Die F&E-Ausgaben der Unternehmen liegen in Europa bei ca. 1 1/4%, in den USA bei etwa 2 %. In Summe, durch gemeinsame Anstrengungen für die

private und öffentliche Forschung, soll hier der Gap geschlossen werden.

◆ So ambitioniert diese Ziele sind, es sind Durchschnittswerte. Wie schaut es aber hinsichtlich dieser prioritären Politikfelder im Standort Österreich aus?

Was die allgemeinen Wirtschaftsindikatoren angeht, so sind wir lange nicht der Weltmeister, für den wir uns manchmal halten. Österreich ist zwar ein reiches Land (Rang 5 in der EU) und preisstabil (Rang 3), was das Wirtschaftswachstum, das Beschäftigungswachstum und den Schuldenstand angeht, aber weit abgeschlagen in der Reihung der EU-Staaten.

◆ Gut ist Österreich, was die Erwerbsfähigkeit angeht (Ausnahme Altersbeschäftigung), der Unterschied zwischen Frauen und Männerlöhnen wird hingegen nur mehr von England übertroffen, und die Besteuerung niedriger Einkommen liegt signifikant über dem EU-Durchschnitt. Und was das lebenslange Lernen angeht, sind wir auch nicht besser als die EU.

◆ In Zukunftsfeldern wie Forschung und Entwicklung sind wir nur bei den öffentlichen Bildungsausgaben im

Spitzenfeld (Rang 3), was F&E (Rang 9), Akademikerquote (Rang 11), Venture Capital (Rang 14), Informationstechnologie(IT)-Ausgaben (Rang 10), Telekommunikationsausgaben (Rang 15!) angeht, jedoch weit bis sehr weit abgeschlagen.

◆ Ökonomische Reformen in Infrastrukturbereichen: auch hier am unteren Ende der Rangordnung. Die höchsten Telefongebühren bei lokalen Gesprächen, bei Telefongebühren für internationale Verbindungen Rang 14 in der EU. Die Strompreise für die Industrie werden nur noch von Belgien und Italien übertroffen.

◆ Umweltschutz: Spitzenreiter (dank der Geographie) bei den erneuerbaren Energien, aber auch bei der Energienutzung; bei allen anderen Kennzahlen eher im Mittelfeld.

Wollen wir an die USA anschließen, so hat nicht nur Europa, sondern auch Österreich sehr viel zu tun.

Nun wird es Zeit, die Ärmel aufzukrempeln.



# Milde Rezession beendet, aber kein dynamischer Aufschwung

*Die Konjunktur in Österreich – Analyse und Prognose für 2001 bis 2003*

**Für die österreichische Wirtschaft könnte mit Jahresbeginn 2002 die jüngste Abschwungphase geendet haben. Deutliche Impulse für eine durchgreifende Erholung fehlen allerdings, sodass für den Jahresdurchschnitt 2002 nur ein schwaches BIP-Wachstum von 1,3% (real) zu erwarten ist. Für 2003 erwarten wir mit +2,1% eine etwas dynamischere Entwicklung.**

Das Jahr 2001 war gekennzeichnet von einer weltweit schwachen Konjunktur-entwicklung, die bereits zur Jahresmitte einen Tiefpunkt erreichte. Die Terroranschläge vom 11. September waren somit nicht Auslöser für die mäßige Wirtschaftsentwicklung, sie trafen aber die Industrieländer in einer sensiblen Lage und verminderten damit die Chancen für eine rasche Erholung.

Dieses wirtschaftliche Umfeld ermöglichte auch der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2001 nur ein schwaches Wachstum. Im dritten und vierten Quartal 2001 musste sogar eine technische Rezession verzeichnet werden (diese liegt vor, wenn mindestens 2 Quartale hintereinander ein niedrigeres BIP als das jeweils vorangegangene Quartal ausweisen). Für den Jahresdurchschnitt errechnete sich eine reale Steigerung des Brutto-Inlandsproduktes von 1,0%.

Die bisher vorliegenden Daten lassen für das 1. Quartal 2002 eine Erholung der Wirtschaft gegenüber dem schwachen Jahresende 2001 erwarten. Damit wäre auch die kurze Phase einer technischen Rezession beendet.

Im Jahresvergleich (also im Vergleich des 1. Quartals 2002 mit dem 1. Quartal 2001) errechnet sich allerdings vorerst nur ein sehr geringfügiges Wachstum. Wir gehen davon aus, dass auch im weiteren Jahresverlauf die Wachstumsdynamik der heimischen Wirtschaft unter dem Durchschnitt früherer Erholungsphasen bleiben wird. Insbesondere das Wachstum in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres wird mehr auf den Basiseffekt der schwachen zweiten Jahreshälfte 2001 zurückzuführen sein als auf eine dynamische Aufschwungphase der österreichischen Wirtschaft.

Trotz der beginnenden Konjunkturerholung wird im Jahresdurchschnitt der BIP-Zuwachs daher nur bei 1,3% (real) liegen, also nur geringfügig besser als im Vorjahr.

Für 2003 rechnen wir damit, dass aus der EU (vor allem aus Deutschland) und den USA keine starken Wachstumsimpulse kommen werden. Dennoch sollte die langsame Erholung der internationalen Konjunktur ausreichen, dass die Exporte der österreichischen Wirtschaft wieder erkennbar ansteigen.

Verbunden mit einer deutlich verbesserten Investitionsbereitschaft sowie einem etwas kräftigeren privaten Konsum sollte ein Wirtschaftswachstum von 2,1% (real) erzielbar sein. Dieser Zuwachs liegt allerdings im mittelfristigen Vergleich unter den Wachstumsraten vergangener Jahre.

## Exporte erwartungsgemäß schwächer

Wie aufgrund der internationalen Wirtschaftsentwicklung zu erwarten war, weisen die bisher verfügbaren Zahlen über die Warenexporte im 4. Quartal 2001 nur eine schwache Entwicklung aus. Für den Jahresdurchschnitt 2001 wird dennoch aufgrund der „besseren“ Vorquartale in der Endabrechnung mit einem realen Wachstum von 4,6% gerechnet (2000: +13,5%). Die Steigerungsraten der Warenexporte in EU-Länder und in Nicht-EU-Länder waren annähernd gleich hoch.

Die bisherige Entwicklung der Auftragseingänge lässt auch für das 1. Quartal 2002 nur eine schwache Exportentwicklung erwarten. Im weiteren Jahresverlauf ist zu erwarten, dass die Erholung der internationalen Wirtschaft sich entsprechend auf die Exportwirtschaft auswirkt, wobei allerdings keine allzu dynamische Entwicklung angenommen werden kann. Für den Jahresdurchschnitt 2002 gehen wir daher

von einem realen Zuwachs in einer Größenordnung von 4,4% (real) aus.

Unter der Annahme einer Erholungsphase der wichtigsten Industrieländer kann für 2003 bei den Warenexporten mit einem Zuwachs von 7,8% gerechnet werden.

## Importe wachsen schwächer als Exporte

Seit einigen Jahren weisen die Warenimporte ein geringeres reales Wachstum auf als die Warenexporte. An diesem Trend sollte sich auch in nächster Zeit nichts ändern.

Real erhöhten sich 2001 die Warenimporte gemäß den bisher vorliegenden Daten um 3,8% (2000: +10,8%), wobei die Importe aus Nicht-EU-Ländern stärker stiegen als jene aus dem EU-Raum.

Da von der Konsum- und Investitionsneigung im laufenden Jahr keine wachstumsfördernden Impulse ausgehen, rechnen wir für den Jahresdurchschnitt 2002 mit einer Steigerungsrate von 3,6% (real).

2003 wird das etwas stärkere Konsumwachstum sowie die anspringende Investitionstätigkeit auch zu einer erhöhten Importnachfrage führen. Der Zuwachs sollte bei 7,3% liegen.

## Inlandskomponenten entwickeln sich schwach

Relativ schwach entwickeln sich in letzter Zeit die Inlandskomponenten. Der pri-

vate Konsum stieg im Jahr 2001 real nur um 1,3 % und lag damit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Auch für das laufende Jahr ist aufgrund der relativ schwachen Konjunktorentwicklung mit einer zurückhaltenden Konsumneigung zu rechnen, sodass für den Jahresdurchschnitt ein Plus von 1,4 % angenommen wird. Hand in Hand mit der Verbesserung des Konjunkturklimas sollte sich auch die Konsumneigung etwas bessern, sodass für das Jahr 2003 eine Steigerung der Zuwachsrates auf 1,6 % erwartet wird.

Auch der öffentliche Konsum zeigt nur eine verhaltene Entwicklung. 2001 betrug der Rückgang 0,2 % (real).

Ein gewisser Nachholbedarf sollte 2002 wieder für „Zuwächse“ sorgen (+0,6 %). Auch 2003 wird das Wachstum des öffentlichen Konsums voraussichtlich nur 0,5 % betragen – Steuerreformwünsche und die Notwendigkeit, das Nulldefizit zu halten, lassen keinen großen Spielraum für zusätzliche Ausgaben.

Eine außerordentlich schwache Entwicklung wiesen 2001 die Bruttoinvestitionen aus. Das Minus von 2,6 % (real) steht im deutlichen Gegensatz zu den Vorjahresergebnissen. (1998: +3,6 %; 1999: +2,2 % und 2000: +3,6 %). Für 2002 wird ein schwaches Wachstum angenommen (+0,6 %) und erst 2003 wird mit + 3,4 % wieder ein akzeptabler Zuwachs erreicht werden.

Schwachstelle der Investitionstätigkeit ist schon seit Jahren der Baubereich. 2001 gingen die Bauinvestitionen real um 2,2 % zurück und auch für 2002 muss mit einem weiteren Rückgang von etwa 1,2 % gerechnet werden. Insbesondere der Wohnbau lässt zu wünschen übrig. Und nach wie vor kämpft der Tiefbau mit der eher schwachen Nachfrage der öffentlichen Hand. Erst ab 2003 sollte sich die Situation etwas bessern, sodass ein Zuwachs von 1,5 % möglich erscheint.

Eine zurückhaltende Einstellung dominierte 2001 die Investitionstätigkeit auch bei

den Ausrüstungen. Erstmals seit Jahren musste bei den Ausrüstungsinvestitionen ein Minus (–0,8 %) registriert werden.

Auch 2002 wird sich die Bereitschaft zu Investitionen nicht wesentlich erhöhen (+1,9 %), da eine durchgreifende Erholung der Wirtschaft nicht in Aussicht ist.

Im Zuge des spürbareren Anziehens der Konjunktur ist für 2003 mit einer Steigerung der Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von 5,5 % zu rechnen.

### Inflation geht merklich zurück

Die Inflationsrate des Jänner 2002 war zwar erwartungsgemäß höher als im Dezember 2001, dennoch können wir für den Jahresdurchschnitt 2002 mit einer deutlich niedrigeren Steigerung der Verbraucherpreise als im Vorjahr rechnen (2001: + 2,7 %; 2002: +1,8 %).

Ein durch den Euro bedingter Preisanstieg ist nur schwer auszumachen. Auf der Suche nach neuen

psychologischen Preisen kam jedenfalls das Preisgefüge in Bewegung: Zahlreiche Preise wurden erhöht, aber ebenfalls viele gesenkt.

Trotz des im Vergleich zu den Vormonaten leichten Anstiegs im Jänner 2002 (+ 2,1 %) hält der Trend zu sinkenden Inflationsraten weiterhin an, wie das Ergebnis des Feber mit + 1,9 % unterstreicht.

Auch 2003 ist mit einer eher ruhigen Entwicklung bei den Verbraucherpreisen zu rechnen, im Jahresdurchschnitt wird ein Plus von 1,6 % erwartet.

### Vor Trendwende am Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote des Feber 2002 lag zwar mit 8,5 % (AMS-Definition) deutlich über dem Feber-Wert 2001 (7,5 %), die saisonbereinigt Quote in Höhe von 6,5 % sank jedoch gegenüber dem Vormonat (6,7 %) zum zweiten Mal.

Erwartungsgemäß sollte damit der Anstieg der Arbeitslosigkeit seinen Höhepunkt erreicht haben. Auch die Beschäftigung ging im Feber im Vergleich zum Feber 2001 nicht mehr weiter zurück, nachdem im Jänner noch ein Minus von 0,3 % zu verzeichnen war.

Nach wie vor ist ein Beschäftigungsabbau in der Industrie zu beobachten, während die stabile Nachfrage im Dienstleistungsbereich sowie die günstige Witterung (für den Bau) einen positiven Einfluss auf die Beschäftigungssituation ausübte.

Gemäß AMS-Methode wird die Arbeitslosenquote 2002 bei 6,7 % und 2003 bei 6,5 % liegen. Nach EU-ROSTAT-Berechnung werden die Quoten 3,8 bzw. 3,6 % betragen. ■

## Konjunkturprognose Österreich

Wachstum real, in %	Bank Austria Prognose März 2002				
	1999	2000	2001	2002	2003
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b>	2,8	3,0	1,0	1,3 =	2,1 =
<b>Privater Konsum</b>	2,7	2,5	1,3	1,4 =	1,6 =
<b>Bruttoinvestitionen</b>	2,2	3,6	–2,6	0,6 +	3,4 –
<b>Ausrüstungsinvestitionen</b>	4,3	11,1	–0,8	1,9 =	5,5 =
<b>Bauinvestitionen</b>	–0,7	0,3	–2,2	–1,2 +	1,5 =
<b>Exporte im weiteren Sinn</b>	8,7	12,2	5,5	4,3 +	8,1 +
<b>Importe im weiteren Sinn</b>	8,8	11,1	3,6	3,6 +	7,7 =
<b>Leistungsbilanzsaldo</b>					
(in Mrd. Euro)	–6,3	–5,7	–4,8	–4,6 +	–4,5 +
(in % des BIP)	–3,2	–2,8	–2,3	–2,1 +	–2,0 +
<b>Verbraucherpreisanstieg (%)</b>	0,6	2,3	2,7	1,8 +	1,6 =
<b>Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)</b>	3,9	3,7	3,6	3,8 –	3,6 –
<b>Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)</b>	6,7	5,8	6,1	6,7 –	6,5 =

Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / – der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung / x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert



# BA/CA-Konjunkturindikator für Österreich

*Österreichs Wirtschaft wächst wieder*

- ◆ **Konjunkturelle Trendwende seit Jahresbeginn**
- ◆ **Beschleunigung im Verlauf des ersten Halbjahres**
- ◆ **Mittelfristig fehlen klare Wachstumsimpulse**

## Wirtschaft wächst wieder

Der BA/CA-Konjunkturindikator zeigte im Februar zum zweitenmal noch oben, diesmal noch spürbarer. Damit manifestiert sich die Erholung der österreichischen Wirtschaft im Verlauf des ersten Quartals. Nach dem schwachen vierten Quartal dürfte Österreichs Wirtschaft im ersten Quartal etwas schneller als bisher erwartet Tritt gefasst haben. Eine Jahreswachstumsrate von rund 1 % im Vergleich zum schwachen vierten

Quartal erscheint derzeit durchaus möglich.

Diese Hoffnung stützt sich vor allem auf die seit Jahresbeginn deutlich gestiegene Stimmung in der Industrie. Auch die Stimmung der Verbraucher hat sich nach ihrem Tiefstand im Oktober wieder deutlich verbessert. Begleitet wird dies durch die sich abzeichnende Stabilisierung am Arbeitsmarkt und einen wahrscheinlich günstigen Einfluss der Witterung auf die Bauwirtschaft. Damit ist die kurze Rezession 2001 beendet.

Trotz dieser Verbesserung dürfte das BIP im ersten Quartal aufgrund der noch relativ hohen Dynamik zu Jahresbeginn 2001 nur wenig höher liegen als vor einem Jahr. Somit erwarten wir

auch trotz sich im weiteren Jahresverlauf beschleunigender Konjunktur im Jahresdurchschnitt nur ein Wachstum um die 1 1/2%. Auch wird die Wirtschaftsdynamik zu Jahresende wieder etwas an Tempo verlieren.

So wie Abschwung und nun Aufschwung in Europa mit knapp sechs Monaten Verzögerung dem US-Bild folgte, wird dies auch bei der verhaltenen Dynamik im weiteren Jahresverlauf sein.

## Inflation keine Belastung

Trotz eines etwas moderater ausfallenden Inflationsrückganges werden die Erholung der Weltwirtschaft und erste Anzeichen einer Stabilisierung am Arbeitsmarkt die Konsumentenstimmung stabil

halten und somit droht von den höheren Ölpreisen keine Belastung für die Erholung der österreichischen Wirtschaft.

## Risiken liegen bei der Weltwirtschaft

Störungen für das derzeit vorherrschende gedämpft optimistische Konjunkturbild drohen vor allem von den USA und Japan. Auch wenn derzeit gute Hoffnung besteht, dass die US-Wirtschaft mit 2 % Wachstum 2002 wieder deutlich Dynamik zulegen kann, bleibt ein hohes Rückschlagsrisiko. Die von uns im zweiten Halbjahr erwartete Abnahme der Konjunkturdynamik in den USA kann zu einer Gefahr für die Weltwirtschaft werden, mehr als die anhaltend hohen Risiken, die von Japan ausgehen. ■

## BA/CA-Konjunkturindikator Österreich

Der BA/CA-Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben.

Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, die über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

Die Komponenten des BA/CA-Konjunkturindikators sind:

das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10%)

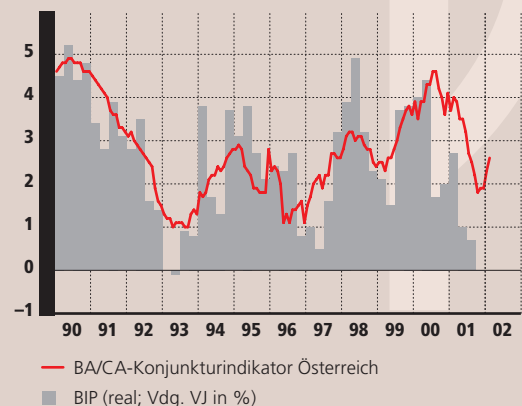
das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30%)

das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50%)

das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10%)

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

stefan.bruckbauer@ba-ca.com  
**Stefan Bruckbauer**

# Konjunktur international

## Abheben ohne Höhenflug

**Der längste Aufschwung in den USA endet ohne Rezession. Die markante Erholung basiert jedoch noch auf Sonderfaktoren, deren Wirkung nachlassen wird. Der Euroraum erholt sich, deutliche Impulse fehlen jedoch.**

### USA

Zu Jahresende 2001 wurde die Stimmung von der Angst einer globalen, möglicherweise langen Weltrezession geprägt. Zu Frühlingsbeginn erscheint dies alles vergessen. Ausgelöst wurde dieser Stimmungswandel vor allem durch die USA. Nicht nur dass die US-Wirtschaft deutliche Signale

eines bevorstehenden Aufschwunges sendet – erwies sich die Rezession des Jahres 2001 als nicht vorhanden. Dem Einbruch des dritten Quartals von -1,3 % folgte im vierten Quartal bereits ein Anstieg um fast 1 1/2%, ausgelöst durch massive private Nachfrage der US-Haushalte und eine starke Erhöhung der Staatsausgaben.

So wichtig es in Zeiten höchster Unsicherheit war, dass die beiden wichtigsten Nachfrager, die Haushalte und der Staat, Zuwächse hatten, so waren dies doch Sonderfaktoren, die die US-Wirtschaft nicht nachhaltig wachsen lassen können. An ihre Stelle müssen Einkom-

menssteigerungen und Investitionen treten. Beides zeigt aber derzeit in den USA noch keine deutliche Belebung. Daher ist im weiteren Jahresverlauf auch mit einer nachlassenden Dynamik des Aufschwunges zu rechnen.

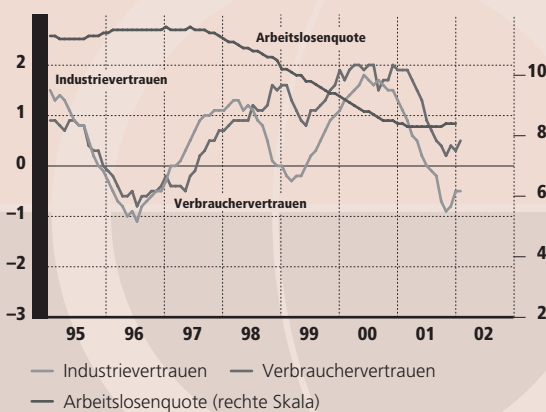
### Euroraum

Die Wirtschaft im Euroraum folgt den USA mit rund einem halben Jahr Verzögerung. Dies gilt auch für die Erholung, die zumindest bei den Stimmungsindikatoren seit Jahresbeginn erkennbar ist. Die Produktion selbst belebt sich nun erst langsam. Gleichzeitig fehlen der privaten Nachfrage seit dem zweiten Halbjahr 2001 die Impulse.

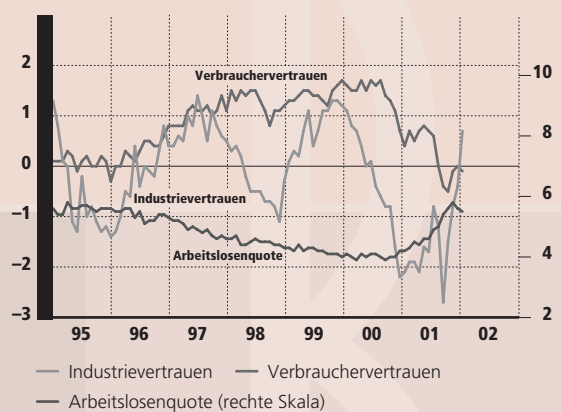
Konnten zu Jahresbeginn 2001 Steuerreformen, noch die Nachfrage beflügeln, lief dieser Effekt aus. Schwächere Beschäftigungszuwächse und steigende Arbeitslosigkeit reduzieren in Europa deutlich die private Nachfrage.

Die steigende Stimmung der Industrie und auch der Verbraucher zeigt jedoch, dass auch im Euroraum der Tiefstand erreicht worden ist. Anders als in den USA, fehlen jedoch vorläufig inländische Nachfrageimpulse, was auch auf die restriktive Haushaltspolitik zurückzuführen ist. Da damit der Euroraum etwas später als die USA durchstarten wird und so wie die USA ebenfalls wieder an Dynamik verlieren wird, bleibt das Wirtschaftswachstum trotz Belebung mit knapp über 1 % 2002 enttäuschend. Stärker, wenn auch nicht sehr stark wird die Wirtschaftsentwicklung erst wieder zu Jahresbeginn 2003.

**Konjunktur Euroraum**



**Konjunktur USA**



**Konjunktur Euroraum**

	2000	2001	2002	2003
BIP (Vdg. in %, real)	3,4	1,4	1,1	2,0
Inflationsrate	2,3	2,7	1,9	1,8
Arbeitslosenquote	9,6	9,1	9,3	9,1

Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

**Konjunktur International**

	BIP (Vdg. in %, real)			
	2000	2001	2002	2003
USA	4,1	1,2	2,0	2,6
Japan	2,2	-1,0	-1,5	0,5
Weltwirtschaft	4,8	1,3	1,5	2,4

Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

# Frühlingserwachen

Profitiert Osteuropas Industrie vom Aufschwung West?

**Politisch werden Wahlen und die Beitrittsverhandlungen mit der EU das Bild in den CEE-5 heuer prägen. Wirtschaftlich wird sich zeigen, ob die sich ankündigende Erholung der Konjunktur in Euroland einen zusätzlichen Wachstumsschub für die Region leisten wird können.**

Geht es nach dem relativ klar kommunizierten Plan der Europäischen Kommission, die Verhandlungen mit den Beitrittswerbem so zu gestalten, dass ein Beitritt ab 2004 technisch möglich ist, müssten unter anderem die einzelnen Kapitel des Aquis communautaire bis zum Jahreswechsel 2002/2003 weitgehendst ausverhandelt sein. Ein ambitioniertes Ziel, nicht

allein wegen der Brisanz der aktuell diskutierten Artikel, sondern vor allem auch angesichts der in vielen Ländern anstehenden Wahlen. Nicht nur in 6 der 15 Mitgliedsländern, darunter Frankreich und Deutschland, auch bei 4 der 12 Beitrittskandidaten finden heuer Wahlen statt.

## Wahlen in der Slowakei richtungsweisend

Neben der daraus entstehenden wahlkampfbedingten Verzögerung für die Verhandlungen, die alle Länder betrifft, erscheint der Ausgang der Wahl vor allem für die Slowakei richtungsweisend. Im Land, das zeitgleich mit seinen EU-Bestrebungen versucht, der NATO beizutreten, liegt seit Monaten die oppositionelle HZDS von Expremier

Meciar in Umfragen klar voran. Unter Meciar wurde aber bereits einmal, 1997, die Chance auf einen Nato-Beitritt, den Tschechien, Ungarn und Polen damals vollzogen haben, vertan und erst jüngst hat Nato-Generalsekretär Robertson erneut vehemente Vorbehalte gegen ein Nato-Mitglied Slowakei unter HZDS-Regierungsbeteiligung geäußert. Eine solche Entscheidung würde aber auch die laufenden EU-Verhandlungen belasten.

## 2001 lagen Wachstumsraten über 3% ...

Getragen von einer starken Binnenkonjunktur gelang es den CEE-4 (Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) der globalen Konjunkturertrübung weit

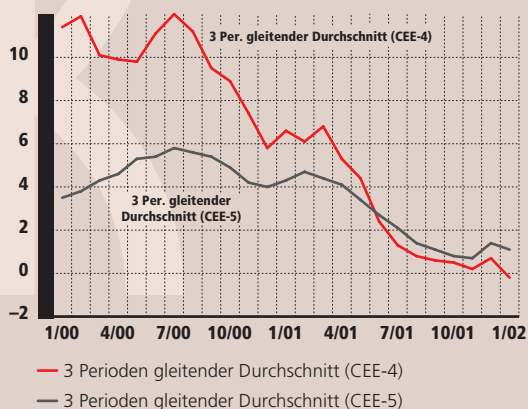
gehend zu entkommen und 2001 durchwegs Wachstumsraten jenseits der 3%-Marke zu erreichen. In Polen hingegen hat der zeitgleiche Einbruch von Inlands- und Auslandsnachfrage zu einem deutlichen Rückgang des Wachstums von 4% 2000 auf 1,1% 2001 geführt.

## ... trotzdem war Eurolandschwäche spürbar

Gänzlich unberührt blieben aber auch die Volkswirtschaften der CEE4 nicht von der taumelnden Euroraumkonjunktur. Vor allem die Industrie, deren Verschränkung mit der westeuropäischen in den letzten Jahren zunehmend voranschritt, litt besonders unter der geringen Auslandsnachfrage (siehe Grafik 1). Neben der schwachen Indus-

(Grafik 1) **Industrieproduktion – Talsohle erreicht?**

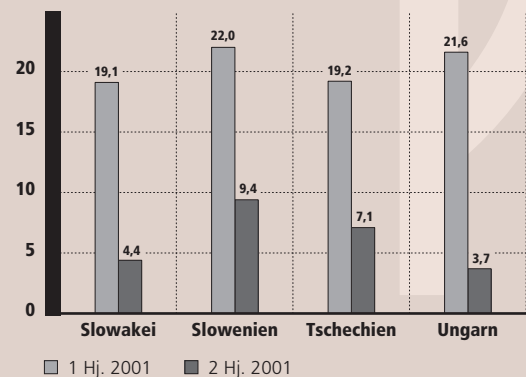
(Veränderung ggü. Vorjahr in %)



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

(Grafik 2) **Exportwachstum deutlich verlangsamt**

(Veränderung ggü. Vorjahr in %, nominell in Landeswährung)



Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft



trieproduktion ist dies auch am rückgängigen Exportwachstum erkennbar (siehe Grafik 2).

Erste Anzeichen einer Erholung im Euroraum sind aber spürbar. Im Dezember fiel die Industrieproduktion in der gesamten Eurozone zwar um 4,1 % im Jahresabstand, im Monatsabstand stieg der Wert aber um 0,8 %. Der IFO-Index, der die Stimmung der deutschen Industrie widerspiegelt, verzeichnete im Februar 2002 den 5. Anstieg in Folge. Wir rechnen daher

- 1) mit positiven Wachstumsraten der Industrie im Jahresabstand im Euroraum ab dem 2. Quartal
- 2) und als Folge mit einem deutlichen Anziehen der Industrieproduktion in Mittelosteuropa im weiteren Jahresverlauf, das sich
- 3) auch deutlich positiv auf das Exportwachstum auswirken sollte.

**Leistungsbilanz überauschend positiv ...**

Ein rund doppelt so hohes Wachstum wie der wichtigste Handelspartner (Euroraum-BIP 2001: +1,5 %), das in erster Linie von der Binnenkonjunktur getragen wurde bei gleichzeitig deutlichem Rückgang des Exportwachstums legt den Verdacht nahe, dass sich die Länder Mittelosteuropas im vergangenen Jahr mit zunehmenden Druck auf die Leistungsbilanz konfrontiert sahen. Tatsächlich gelang es aber, mit Ausnahme der Slowakei, allen Ländern ein geringeres Leistungsbilanzdefizit auszuweisen als 2000.

**... dank Hilfe der Handelsbilanz**

Grundsätzlich ist die Verbesserung mit Hilfe der Handelsbilanz gelungen, die

davon profitierte, dass sich das Importwachstum noch deutlicher einbremste als das der Exporte. Warum das Importwachstum in den einzelnen Ländern aber stärker rückläufig war, hatte unterschiedliche Gründe.

In Polen war die Verbesserung Folge des deutlichen Wachstumsabfalls, der die Nachfrage nach Importen noch stärker fallen lies, als es die Exporte taten.

Tschechien und Ungarn profitierten von deutlichen Terms of Trade-Gewinnen, da die drastisch fallenden Rohstoffpreise einen stärkeren Rückgang der Import- gegenüber den Exportpreisen verursachten. Zusätzlich profitierte Ungarn von einer überaus positiven Tourismussaison und Tschechien von den Marktanteilsge-  
 winnen von Skoda in der EU.

In der Slowakei hingegen explodierte das Leistungsbilanzdefizit im vergangenen Jahr auf 9,1 % des BIP. Das zweistellige Wachstum der Anlageinvestitionen (+11,6 %) mit der damit verbundenen Nachfrage nach Investitionsgütern verhinderte ein deutlicheres Absinken des Importwachstums. Gleichzeitig sorgten neben der geringen Nachfrage aus dem Ausland zusätzlich Modellumstellungen bei VW, die 2000 einen Anteil von rund 15 % an den Gesamtexporten des Landes hatten, für eine Beschränkung des Exportwachstums. Der Verkauf des Gasversorgers SPP um 2,7 Mrd. USD (12,5 % vom BIP) an ein westeuropäisch-russisches Konsortium im März diesen Jahres sorgte aber für eine ausreichende Deckung des Leistungsbilanzdefizits durch Direktinvestitionen. Die Erwartung des Kapital-

zuflusses und die damit verbundene Aufstockung der Fremdwährungsreserven sorgte dafür, dass trotz des hohen Defizits kein Abwertungsdruck auf die slowakische Krone entstand.

**Inflation mit sinkender Tendenz**

Von den niedrigen Rohstoffpreisen und den starken Währungen profitierten auch die Verbraucherpreise in Mittelosteuropa im zweiten Halbjahr 2001. Im Jahresdurchschnitt 2001 betrug der Preisanstieg in den CEE-5 6,2 % nach 9,0 % 2000. Auch in den ersten beiden Monaten 2002

**Höheres Wachstum in CEE-4 gegenüber Euroraum auch 2002.**

setzte sich der Rückgang der Verbraucherpreise weiter fort. Den deutlichsten Preisverfall verzeichnete die Slowakei, wo die Jahresrate im Februar auf 3,6 % nach 6,5 % im Dezember fiel. Ein wesentlicher Grund für den deutlichen Rückgang in der Slowakei stellt aber die Aussetzung der zunächst geplanten Deregulierungsmaßnahmen im Vorfeld der Herbstwahlen dar. Wird die Preisliberalisierung 2003 wieder aufgenommen, wird sich der Effekt allerdings umkehren. Das stellt einen der Hauptgründe dafür dar, warum die durchschnittliche Inflationsrate in der Slowakei 2003 als einzige unter den CEE-5 deutlich höher liegen wird als heuer. Sollte sich der in den letzten Wochen zu beobachtende Anstieg des Ölpreises aber mittelfristig fortsetzen, könnte dies den günstigen Inflationsaussichten einen Strich durch die Rechnung machen. Die im Vergleich zu Westeuropa relativ energieintensiveren Volkswirtschaften Mittelosteuropas wären von

solch einem Anstieg besonders betroffen und auch die massiven Zinssenkungen, die durch den Inflationsrückgang ausgelöst worden sind, würden sich dann schnell wieder umkehren.

**Reale Konvergenz setzt sich 2002 fort**

In Summe erwarten wir, dass sich die reale Konvergenz, das heißt schnelleres Wirtschaftswachstum gegenüber Euroland, in Mittelosteuropa 2002/03 weiter fortsetzen wird – mit der wichtigen Ausnahme Polen. In den übrigen Ländern wird die Binnenkonjunktur erneut einen wichtigen Beitrag zum Wachstum leisten, wobei die Anlageinvestitionen zwar wieder die dynamischste Wachstumskomponente darstellen werden, sich aber der Abstand zum Wachstum des privaten Konsums verringern wird. Im weiteren Jahresverlauf wird dann die Exportdynamik an Schwung gewinnen und damit zunehmend auch Wachstumsimpulse von Seiten des Außenhandels kommen, der ab 2003 wieder eine wichtige Stütze des Wachstums darstellen wird. Polen hingegen wird erst heuer den konjunkturellen Tiefpunkt durchschreiten und mit einem Wirtschaftswachstum von +0,8 % das zweite Jahr in Folge ein geringeres Wachstum als die Eurozone aufweisen. In der zweiten Hälfte des aktuellen Jahres wird aber auch dort die Erholung einsetzen und 2003 wird dann Polens Wirtschaft mit einem Wachstum von 3 % die Schlagzahl deutlich erhöhen. Vor allem der Nachholbedarf bei den Investitionen nach dem zweijährigen realen Rückgang im vergangenen Jahr und heuer wird 2003 für einen Wachstumsschub sorgen. ■

# Chemie

## Kurze Pause für eine dynamische Branche

**Die Chemie beeindruckte in den letzten Jahren durch kräftige Produktions- und Exportgewinne. Damit bestätigte die Branche nicht nur ihre zentrale Position in der Industrielandschaft, sondern zeigte auch, dass die strukturellen Nachteile im internationalen Vergleich kompensiert werden konnten.**

Der momentane Abschwung der Chemiekonjunktur sollte noch 2002 überwunden werden. Allerdings kann die Branche frühestens 2003 wieder an das kräftige Wachstum Ende der 90er Jahre anschließen.

Österreichs Chemie beschäftigt in mehr als 800 Betrieben rund 30.000 Arbeitnehmer oder 5 % aller Industriebeschäftigten. Der Beitrag

der Branche zur Sektorproduktion liegt bei 6 %. Entsprechend ihrer spezifischen Struktur als Vorleistungsbranche, die Inputs für die Lebensmittelindustrie genauso wie für Autoindustrie liefert, und neben Düngemitteln auch Pharmazeutika erzeugt, werden die Kennzahlen dem Stellenwert der Chemie in der Gesamtwirtschaft sicher nicht gerecht.

### Abkühlung 2001, Wende 2002

Zwischen 1998 und 2000 ist die Chemieproduktion um fast 9 % im Jahr gestiegen und hat sich dann im Jahresverlauf 2001 merklich abgeschwächt. Insgesamt erreichte die Chemie im vergangenen Jahr ein Produk-

tionswachstum von 3,2 %. Rückläufige Preise führten aber zu einem Minus des Branchenumsatz um rund 3 % auf 6,3 Milliarden Euro. Im Branchendurchschnitt

**Unternehmenserträge litten 2001 unter rückläufigen Preisen.**

konnten konjunkturbedingt die Lohnkostensteigerungen nicht durch Preissteigerungen beziehungsweise Produktivitätssteigerungen gedeckt werden, worunter die Unternehmenserträge gelitten haben.

Schon Anfang 2002 zeichnete sich wieder eine Konjunkturbelebung in der Chemie ab, die als „frühzyklische“ Branche von einem möglichen Aufschwung rasch profitieren wird. In jüngsten Konjunkturumfragen waren die Unternehmen wieder deutlich

optimistisch. Der Abschwung bei den Auftragseingängen scheint gegen Ende 2001 zur Ruhe gekommen zu sein. Allerdings braucht es sicher noch einige Monate bis wieder kräftigere Nachfragezuwächse verbucht werden können.

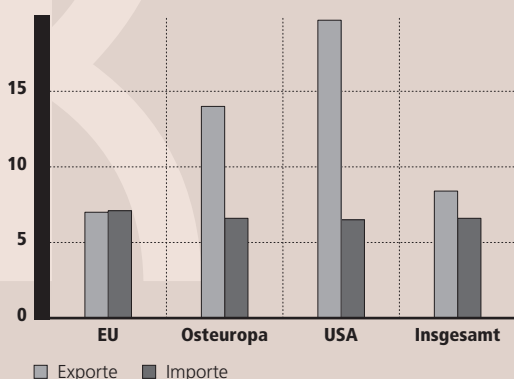
### Europa: Schwaches Jahr 2002; 2003 noch unsicher

Unabhängig von den positiven mittel- und langfristigen Aussichten, kann sich die österreichische Chemie weder kurzfristigen Nachfrageschwächen im Inland noch der Entwicklung des westeuropäischen Sektors entziehen. Westeuropa hält einen Weltmarktanteil an der Chemieproduktion von rund 30 %, ebenso viel wie die USA; Japan erreicht

(Grafik 1)

### Exporte und Importe der Chemie: 1990–2000

Durchschnittliche jährliche Veränderungen in %

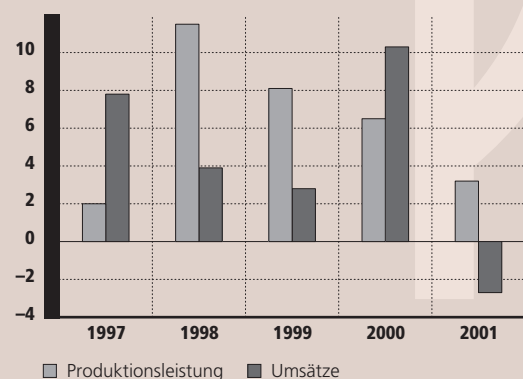


Quelle: Statistik Austria, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

(Grafik 2)

### Chemiekonjunktur

Veränderung der Produktionsleistung und der Umsätze in %



Quelle: Statistik Austria, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

15 %. Die Produktionsleistung der EU-Chemie ist 2001 nur um schwache 1 % gestiegen. Legt man die Prognose für das Wirtschaftswachstum von knapp über 1 % für 2002 zugrunde, gewinnt die Chemie nicht nennenswert an Fahrt. Die jüngsten Produktionserwartungen des europäischen Chemieverbandes CEFIC von knapp 2 % für 2002 beruhen schon auf einem relativ optimistischen Szenario. Ob die Chemiekonjunktur in Europa 2003 wieder an Dynamik gewinnt, ist vor allem von einem Exportumfeld in den USA und vom weiterhin günstigen Euro-Dollar-Kurs abhängig. Derzeit spricht vieles für die Erholung 2003.

### Restrukturierung

Österreichs Chemie hat wie andere Industriebranchen im Lauf der 90er Jahre massive Strukturanpassungen hinter sich gebracht und zahlreiche Betriebe geschlossen. Gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze, die in etwa konstant blieb, und der kräftigen Umsatzzuwächse konnte die Chemie ihre zen-

trale Position in der heimischen Industrielandschaft halten.

In den nächsten Jahren werden sich strukturelle Veränderungen vor allem in einer zunehmenden Unternehmenskonzentration manifestieren. Fusionen und Übernahmen, wie sie die US-Chemie seit Jahren prägen, greifen zusehends auf Europa über. So wurden schon 2001 fast zwei Drittel aller großen Deals in Europa abgeschlossen, die größte Fusion in diesem Bereich – mit einem Wert von rund 10 Milliarden US-Dollar zwischen Dow Chemicals und Union Carbide – allerdings noch in den USA. Für die westeuropäische Chemie wird im Vergleich zum US-Sektor noch immer ein struktureller Rückstand von etwa vier Jahren festgestellt, wie er in den niedrigen Rentabilitäten und der relativ geringen Forschungsquote zum Ausdruck kommt.

◆ Umsatzrentabilität (Betriebs-erfolg vor Abschreibungen, in Prozent der Umsätze) Pharmaindustrie: USA 31 %, EU 15 %, industriennahe Chemieprodukte: USA 22 %, EU 16 %.

◆ Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in Prozent der Umsätze): USA 6,8 %, EU 5,1 %; Österreichs Chemie erreicht ebenfalls nur eine F&E-Quote von rund 5 %.

### Wettbewerbsfähigkeit

Der hohe Internationalisierungsgrad der Chemie, die Exportquote liegt bei 84 % und der Importanteil am Inlandsverbrauch bei 87 %, resultiert aus der Tatsache, dass die Branche eine traditionelle Vorleistungsbranche ist und selbst stark von Vorprodukten, vor allem vom Erdöl, abhängig ist. Die engen internationalen Verflechtungen machen Umsätze und Erträge nicht nur sehr sensibel auf Entwicklungen in Rohstoff- und Absatzmärkten, sondern erfordern auch einen hohen Grad an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Nicht zuletzt sind zahlreiche Produkte und Verfahren der Chemieindustrie nur in großer Serie effizient machbar.

Österreichs Chemieindustrie ist kleinbetrieblich strukturiert und darüber hinaus noch relativ grundstoff-

lastig, wie der unterdurchschnittliche Umsatz pro Beschäftigten (EU-Ø 242.000 €, Ö 200.000 €) und die im Vergleich zu den Importwerten niedrigeren Exportwerte zeigen. Dennoch wachsen sowohl die Produktion als auch die Umsätze der heimischen Chemie seit Jahren etwa im selben Tempo wie im EU-Durchschnitt.

Problematisch ist an der spezifischen Struktur der Chemieindustrie das daraus resultierende hohe Handelsbilanzdefizit, von zuletzt 1,5 Milliarden Euro, das sind knapp 30 % des gesamten österreichischen Handelsbilanzdefizits. Überdurchschnittlich hoch ist das Minus im Bereich konsumnaher Produkten, wie Kosmetika, während Außenhandelsüberschüsse auf chemische Grundstoffe, beispielsweise Organika und Düngemittel beschränkt bleiben.

### Exportgewinne in Osteuropa und den USA

Das Außenhandelsdefizit wird aber sukzessive geringer, wozu die Exporterfolge in die USA und nach Osteuropa wesentlich beitragen. Osteuropa, hervorzuheben sind Ungarn und die Tschechische Republik, sind nach der EU längst die wichtigsten Absatzmärkte für österreichische Chemieprodukte (Exportanteile: EU 51 %, Osteuropa 21 %, USA 8 %).

Die Außenhandelsstatistik zeigt, dass die Anteile Osteuropas am österreichischen Export von Farben und Lacken mit 53 % und am Export von Kosmetika mit 43 % besonders hoch sind. Im Import dominieren weiterhin die Hersteller aus der EU (Importanteil 81 %, USA 6 %, Osteuropa 5 %). Vorsichtig interpretiert, heißt das, dass teure Kosmetika vorwiegend

## Chemie- und Kunststoffwarenhandel

	Exporte			Importe			Bilanz 2000 Mio. €
	2000 Mio. €	2000 Ø Vdg.p.a.	90/99	2000 Mio. €	2000 Ø Vdg.p.a.	90/99	
Pharmaprodukte	1.983	19,3%	12,8%	2.141	-3,9%	12,7%	-158
Kunststofferzeugung	925	14,9%	4,1%	1.301	25,0%	2,7%	-376
Organische Chemikalien	873	1,2%	8,0%	751	32,7%	0,7%	122
Sons. chemische Prod.	560	9,8%	8,5%	902	17,4%	5,2%	-342
Farbmittel	352	15,0%	7,6%	574	13,7%	5,1%	-222
Anorganische Chemikalien	329	16,3%	2,7%	384	19,3%	1,8%	-55
Pflegemittel, Kosmetika	275	10,0%	9,3%	700	15,5%	6,4%	-425
Düngemittel	119	12,3%	0,0%	71	42,0%	-2,2%	48
Kunststoffwaren <sup>1</sup>	1.005	15,8%	7,0%	746	13,4%	5,6%	259
Kunststoffwaren, konsumnah <sup>2</sup>	921	17,2%	9,4%	1.003	9,0%	7,8%	-82
Kautschukwaren	509	-0,8%	2,0%	763	4,7%	7,2%	-254
Insgesamt	7.851	12,9%	7,4%	9.336	11,2%	6,2%	-1.485

Quelle: Statistik Austria; BA/CA Konzernvolkswirtschaft / 1) v.a. Rohre und Platten,

2) Verpackungsmaterial, Baubedarf, Haushaltsartikel, etc.

aus der EU stammen, während in Österreich relativ billige Produkte für Osteuropa erzeugt werden. Das Verhältnis der Import- zu den Exportwerten der Warengruppe Kosmetika bestätigt die Annahme (EU-Import: 13,5 €/kg, Osteuropaexport: 4,6 €/kg).

### Perspektiven einzelner Sparten

Die Pharmaindustrie ist sicher eine der innovativsten und langfristig wachstumsstärksten Sparten. Allerdings entscheidet hier mehr als in anderen Chemiesparten das regulative Umfeld über den Erfolg und Misserfolg der Unternehmen. Westeuropas Pharmaindustrie hat nicht zuletzt aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen sukzessive Weltmarktanteile zugunsten des US-Sektors verloren, auf zuletzt 22 % (Nordamerika 43 %). Grund dafür sind die unzähligen und uneinheitlichen Preis- und Kostenrückerstattungsregelungen im Medikamentenbereich, rigide Zulassungsbestimmungen und auch die generell skeptische Einstellung gegenüber neuen Verfahren (Bio- und Gentechnik), mit denen Europas Pharmaindustrie konfrontiert ist. Nicht zuletzt deshalb ist der Sektor relativ innovationsschwach. Während sich in den letzten zehn Jahren die F&E-Ausgaben der westeuropäischen Pharmaindustrie verdoppelt haben, sind sie in der US-Branche um den Faktor 3,5 gestiegen.

Der Trend setzt sich fort. Bis 2005 werden für die wichtigsten europäischen Pharmamärkte Wachstumsraten von deutlich unter 10 % im Jahresdurchschnitt erwartet (Deutschland 8 %, Frankreich 6 %, Großbritan-

nien 8 %), in den USA durchschnittlich 12 % p.a.

Österreichs Pharmaindustrie fällt etwas aus dem (EU-)Rahmen mit F&E-Ausgaben von 2 bis 3 % vom Spartenumsatz, im Vergleich zu den 15 bis 20 % im EU-Durchschnitt. Hintergrund ist die Tatsache, dass die Sparte von Töchtern internationaler Konzerne dominiert wird, die v. a. Vertriebsfunktionen ausüben und weniger in der Entwicklung und Produktion tätig sind. Ausgabeneinsparungen im Gesundheitsbereich bremsen in den letzten Jahren nicht nur das Marktwachstum im Land, sondern raubten der Pharmaindustrie auch etwas von ihrer Dynamik. Voraussichtlich erreicht die Sparte 2002 und 2003 wieder „nur“ ein Umsatzwachstum von durchschnittlich 5 % im Jahr.

Die Kunststoffherzeugung als zweitgrößter Teilbereich der Chemie wird mittelfristig zwar mit neuen Umweltauflagen und somit neuen Kosten konfrontiert. Gleichzeitig kann die Sparte von weiteren Nachfragezuwäch-

sen profitieren. Bis 2010 wird weltweit ein Zuwachs des Kunststoffverbrauchs von 5,5 % im Jahr erwartet (von 150 auf 260 Millionen Tonnen), was in etwa dem Wachstumstempo im letzten Jahrzehnt entspricht. Die höchsten Zuwächse sind in Osteuropa möglich (+8 % p.a.; Westeuropa +4 % p.a.; Q.: BASF), einer für die heimischen Hersteller besonders interessanten Region.

Sehr positiv sind die langfristigen Aussichten auch für Chemiefasern. Allerdings werden Markterfolge für die heimischen Hersteller auf anspruchsvolle und technologieintensive Produkte beschränkt bleiben, da spätestens im Zuge der EU-Osterweiterung der Konkurrenzdruck in Standardsegmenten kräftig steigen wird.

Schließlich soll noch die Farben- und Lackindustrie erwähnt werden, die gute Chancen hat, die momentane Krise in der Bauwirtschaft relativ glimpflich zu überstehen. Auf jeden Fall dokumentieren die Umsatz-

zuwächse und Exporterfolge der letzten Jahre die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Sparte.

### Krisensichere Branche

Unabhängig von den festgestellten strukturellen Nachteilen in Teilbereichen der heimischen Chemie, die sie sensibel gegenüber Konjunktur- und Preisveränderungen macht, erweist sich die Branche als sehr krisen- und ertragsicher.

- ◆ Hohe Cash-Flow-Quote (13,4 % 2000; 11,4 % Ø 1986/00; Industrie 9,5 %)
- ◆ Hohe Eigenkapitalquote (37 %; Industrie 33 %)
- ◆ Niedrige Zahl von Insolvenzen: Auf den Sektor Chemie und Kunststoffverarbeitung entfielen 2001 nur 1,5 % aller Fälle oder insgesamt 76 Insolvenzen. Im Vergleich dazu beträgt der BIP-Beitrag des Sektors 2,1 %.

Das wirtschaftliche Risiko in der Chemieindustrie sollte über die nächsten Jahre hinaus moderat bleiben, nicht zuletzt weil die Chemie zu den möglichen Profiteuren der EU-Erweiterung zählt. Hervorzuheben sind die Pharmahersteller, die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln, Farben und „sonstiger“ chemischer Produkte. Die Unternehmen in diesen Sparten sind schon auf Märkten tätig, auf welchen der Wettbewerb wesentlich durch die Produktqualität entschieden wird, nutzen vielfach interne Skalenerträge, sind vorwiegend technologieintensiv und stellen zum Teil hohe bis höchste Anforderungen an die Qualifikation ihrer Beschäftigten. Ihre Chancen auf den Märkten Mittel- und Osteuropas hat die Chemie im Übrigen schon wahrgenommen, wie die Außenhandelsergebnisse der letzten Jahre bestätigen. ■

**Chemieindustrie erweist sich als sehr krisen- und ertragsicher.**

### Spartenergebnisse

Wert d. abgesetzten Produktion <sup>1)</sup>	2000 Mio. €	99/2000 in %	97/2000 in %
<b>Chemische Erzeugnisse</b>	<b>5.459,1</b>	<b>13,4%</b>	<b>22%</b>
<b>davon:</b>			
Pharmazeutika	1.412,8	8,2%	15%
Kunststoffe	1.288,6	23,2%	18%
So. organische Chemikalien	800,1	22,2%	93%
Farben, Lacke, Kitte	418,3	8,7%	10%
Chemiefasern	386,4	15,7%	31%
Seifen, Reinigungsmittel	210,0	-8,8%	-20%
So. anorganische Chemikalien	204,4	8,4%	7%
Industriegase	80,3	-2,8%	33%

Quelle: Fachverband Chemie; BA/ICA Konzernvolkswirtschaft

1) Abgrenzungsbedingte Abweichungen zum Umsatz im Text sind möglich

# Finanzmärkte

## Wendepunkt erhöht Volatilität

**Aufschwung manifestiert sich. Die Erwartungen über dessen Ausmaß und Nachhaltigkeit erhöht die Volatilität am Finanzmarkt.**

Gute bis sehr gute Konjunkturdaten aus den USA bestimmen weiterhin ganz wesentlich die Entwicklung am Finanzmarkt. Dies lässt die Zinsen und die Aktienkurse steigen, unterbrochen von aufkeimenden Zweifel über die Nachhaltigkeit und das Ausmaß der US-Erholung.

### Der Markt wird zunehmend optimistischer

Euphorie und Enttäuschungen über die US-Konjunktur prägen den Finanzmarkt.

Die relativ rasch vollzogene Wende Greenspan's vom Pessimisten zum Optimisten innerhalb zweier Wochen verbunden mit sehr positiven Konjunkturzahlen ließen die Zinsen und die Aktienkurse wieder deutlich steigen. So stiegen die langfristigen

Zinsen in den USA von 4,9 % auf 5,3 % innerhalb von zwei Wochen, der Dow-Jones Aktienindex legte fast 10 % zu.

Das Ausmaß des Zinsanstieges blieb im Euroraum hinter den USA zurück, nicht jedoch der Aktienmarkt, der ebenfalls fast 10 % zulegen konnte.

Der verhaltene Anstieg der Zinsen im Euroraum ist auch auf die Verzögerung im Konjunkturzyklus zurückzuführen. Während in den USA den besseren Stimmungsindikatoren bereits „echte“ Konjunkturzahlen folgen, ist dies im Euroraum noch nicht der Fall.

Im weiteren Jahresverlauf wird jedoch die Konjunkturdynamik – vor allem in den USA – an Fahrt verlieren. Dies wird

die Belastungen der Wirtschaft – Schulden, Enron, Überinvestitionen, nur langsam steigende Gewinne – wieder stärker in den Vordergrund rücken und damit das Ausmaß des Zinsanstieges beschränken.

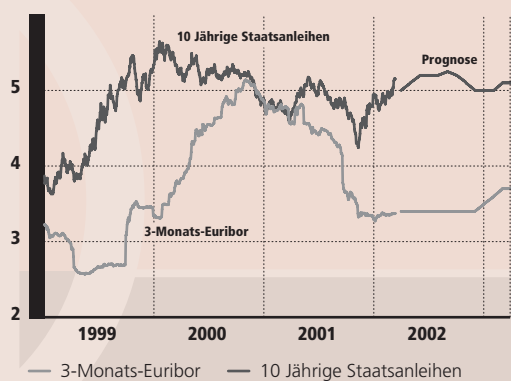
### Notenbanken werden vorsichtig agieren

Auch wenn das Auf und Ab bei der Konjunkturstimung ein für den konjunkturellen Wendepunkt typisches Verhalten ist, steckt dahinter doch auch eine Unsicherheit, ob die Faktoren, die die Rezession verursachten, allen voran eine Überinvestition im High-Tech-Bereich, sich bereits wieder genügend korrigiert haben.

Diese Unsicherheit und die Tatsache, dass die bisherige Erholung in den USA stark von Sonderfaktoren und staatlichen Interventionen geprägt ist und war, wird das Ausmaß der Zinserhöhung durch die US-Notenbank beschränken. Bis zum Sommer könnte es jedoch die erste Zinserhöhung geben. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass die kurzfristigen Zinsen in den USA auch in einem Jahr noch unter 3 % und damit historisch niedrig bleiben.

Noch mehr als für die USA dürfte eine relativ moderate Zinserhöhung im Euroraum zu erwarten sein. Die Konjunkturerholung wird hier noch langsamer vorankommen, damit dürfte erst zum Jahreswechsel 2002/2003 eine Zinserhöhung zu erwarten sein. Der USD ist weiterhin unterbewertet und hat damit, mittelfristig, Abwertungspotenzial. ■

Zinssätze Euroraum



USD per Euro



Prognose Euroraum

	1.3.2002	3 Monaten	12 Monaten
3MG	3,4	3,4	3,7
10 Jährige	4,9	5,1	5,1
USD/€	0,87	0,86	0,92

Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Prognose USA

	1.3.2002	3 Monaten	12 Monaten
3MG	1,8	2,0	2,7
10 Jährige	4,9	5,2	5,3

Quelle: BA/CA Konzernvolkswirtschaft



# EU Erweiterung

## Auf der Suche nach einer gemeinsamen Verhandlungsposition

**Unter der spanischen Präsidentschaft werden in den Verhandlungen über den Beitritt osteuropäischer Länder in die EU nunmehr die letzten, aber wahrscheinlich schwierigsten Kapitel geöffnet.**

Der Ratsgipfel in Laeken Mitte Dezember, als Abschluss der belgischen Präsidentschaft, hat keine neuen Termine oder Themen für die laufenden Erweiterungsverhandlungen gebracht, jedoch das schon bisher angestrebte Ziel eines Beitritts der ersten Länder im Jahr 2004, indem die Wahlen zum Europa-Parlament stattfinden, bekräftigt. Es konnten in den letzten Dezembertagen noch einige Kapitel vorläufig geschlossen werden und dadurch der Zeitplan für die in den Verhandlungen am weitesten fortgeschrittenen Länder eingehalten werden.

Im ersten Halbjahr 2002 beginnen die Verhandlungen über die drei restlichen Kapitel – Landwirtschaft, Regionalpolitik und Finanz- und Haushaltsvorschriften. Für diese schwerwiegenden, und sicherlich konfliktträchtigen Verhandlungen hat die EU-Kommission Ende Jänner einen Vorschlag unterbreitet. Dieser ist nunmehr Grundlage für die Bemühungen der 15 EU-Mitglieder um eine einheitliche Verhandlungsposition.

### Budget

Der Vorschlag der EU-Kommission – als Grundlage

für eine gemeinsame Position der 15 EU-Mitglieder – basiert auf der im März 1999 in Berlin beschlossenen Agenda 2000. Von dieser Ausgangsposition ergeben sich zwei Abweichungen, die sich aber wechselseitig weitgehend aufheben: die ersten Beitritte erfolgen frühestens 2004 (statt 2002), wogegen die Zahl der Beitretenden mit 10 anstelle von 6 angenommen wird.

Der Finanzrahmen wird auf jeden Fall eingehalten, es stellt sich vielmehr die Frage, ob es zu weiteren Einsparungen kommt. Um welche Größenordnungen handelt es sich nun?

Im EU-Budget sind Verpflichtungen gegenüber den

Beitrittskandidaten in Höhe von 10,8 Mrd. Euro (2004) vorgesehen, die auf 13,4 Mrd. Euro (2005) bzw. 16 Mrd. Euro (2006) steigen werden.

Für die Landwirtschaft, und zwar für die Marktmaßnahmen der gemeinsamen Agrarmarktpolitik, sind 516 Mio. Euro (2004) vorgesehen. Die Frage der Direktzahlungen ist in Berlin ausgeklammert worden. Im Entwurf der Kommission wurde nun ein 2-Phasen-Modell vorgesehen, wonach die Direktzahlungen erst schrittweise an das EU-Niveau angehoben werden. Für 2004 sollen Direktzahlungen nur im Umfang von 25 % gewährt werden, dieser Satz wird 2005 bzw. 2006 auf 30 % bzw. 35 % angehoben. Ab

2006 sollen die Direktzahlungen in prozentualen Schritten angehoben werden, sodass 2013 das geltende Unterstützungsniveau erreicht wird.

Der zweite Bereich im Kapitel Landwirtschaft umfasst die Entwicklung des ländlichen Raums. Diesem Bereich soll verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden, auch um die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarmarktpolitik besser steuern zu können. Die finanzielle Ausstattung würde sich 2004 auf 1.532 Mio. Euro belaufen und bis 2006 auf 1.781 Mio. Euro ansteigen. Ein Drittel dieser Mittel könnte aus dem Kohäsionsfonds gefördert werden. Der Vorteil dieser Variante ist, dass in diesem Fall die Co-Finanzierung durch die EU bei 85 % statt bei 80 % liegt.

**Schwierige Konsensfindung innerhalb der EU wird durch Wahlen in wichtigen Ländern erschwert.**

(Tabelle 1)

### Wichtige Indikatoren der Beitrittskandidaten

	Bevölkerung in Mio.	Nom. BIP, in Mrd. Euro	BIP/Kopf in Euro	Anteil LW am Gesamt-BIP in %	Beschäftigung in LW am Gesamtbeschäftigung
Bulgarien	7,8	14	1.840	14,7	26,7
Estland	1,4	6	4.460	6,3	7,0
Lettland	2,4	9	3.690	4,5	14,4
Litauen	3,7	13	3.610	8,6	18,4
Polen	38,7	203	5.240	5,9	25,7
Rumänien	22,4	42	1.880	12,8	41,2
Slowakei	5,4	23	4.210	4,0	6,7
Slowenien	2,0	21	10.420	4,2	5,6
Tschechien	10,3	62	6.030	4,7	4,8
Ungarn	10,1	56	5.640	4,9	6,5
zum Vergleich					
EU	378,0	8.526	22.530	2,1	4,5

Quelle: Nationale Statistiken, EU-Kommission, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

Der zweite große Ausgabenblock betrifft die Strukturpolitik. Die neuen Mitgliedstaaten werden aufgrund ihres im Vergleich zur EU niedrigen BIP pro Kopf massiv Fördermittel bekommen. Im Vorschlag der EU-Kommission sind Mittel in Höhe von 7.067 Mio. Euro (2004) vorgesehen, die auf 8.150 Mio. Euro (2005) und 10.350 Mio. Euro (2006) ansteigen sollen.

Im Bereich „Interne Politikbereiche“ sind unter anderem Mittel für die nukleare Sicherheit vorgesehen, als Ausgleich für die Abschaltung unsicherer Kernkraftwerke. Ein weiterer Bereich betrifft den Institutionenaufbau, diese Mittel werden jedoch nach dem Beitritt jährlich reduziert. Derzeit werden den Kandidatenländer für den Aufbau der Verwaltung und Übernahme des allgemeinen Besitzstandes der Gemeinschaft (acquis Communautaire) circa 1 Mrd. Euro, primär aus dem Phare-Programm, zur Verfügung gestellt.

Die sich aus der Differenz zwischen dem Berliner Szenario und dem nun vorge-

legten Finanzierungsrahmen ergebende Differenz von rund 800 Mio. Euro sollen nach Meinung der Kommission für – noch zu verhandelnde – Haushaltsausgleichszahlungen verwendet werden.

**Knackpunkt Landwirtschaft**

In den Kandidatenländern ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten und der Anteil am BIP deutlich höher als in der EU. Die Spannweite liegt bei der Beschäftigung zwischen 4,8 % (Tschechien) und 25,7 % (Polen) – wobei hier die Abgrenzung zwischen Voll- und Nebenerwerb zu deutlichen Abweichungen führt, beim Anteil am BIP zwischen 4 % in der Slowakei und 8,6 % in Litauen (siehe Tabelle 1). Jedoch sind so wie in der EU auch in den osteuropäischen Ländern andere Motive, wie die Autarkie in der Versorgung mit Lebensmitteln, für den besonderen Stellenwert und die hohen Subventionen mitentscheidend.

Wo liegen nun im einzelnen die Probleme? Speziell in Polen gibt es einen großen

Anteil von in der Landwirtschaft Tätigen, die von der Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik betroffen sind. Es haben sich in den letzten Jahren zwei Entwicklungen herausgebildet. Einerseits der Trend zu größeren Einheiten, die auch teilweise privatisiert wurden, und andererseits die hohe Anzahl an (semi)subsistenzwirtschaftlichen Betrieben. Letztere dienen vielfach auch als Puffer für den angespannten Arbeitsmarkt. Denn trotz des zum Teil starken wirtschaftlichen Wachstums in den mittel- und osteuropäischen Ländern ist die Arbeitslosenquote nicht gesunken, sondern teilweise sogar noch angestiegen. Dies auch als Folge der deutlich erhöhten Produktivität. Diese Entwicklung ist auch in der Landwirtschaft zu erwarten.

**Problem Direktzahlungen**

Am Berliner Gipfel wurden Reformen der gemeinsamen Agrarmarktpolitik beschlossen. Dazu zählte auch die Senkung der Interventionspreise, die eine Verlagerung von Preisstützungen zum Ziel hat. Die einkommensreduzierende Senkung der Interventionspreise wurde durch gestiegene Direktzahlungen ausgeglichen. Da die Agrarpreise in den osteuropäischen Kandidatenländern zum Teil unter den Interventionspreisen liegen, würde dies eine zusätzliche Subventionierung bedeuten. Die in den letzten Jahren von der EU mit unterstützten Bemühungen um eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Osteuropa würden durch eine sofortige vollständige Übernahme des Systems der Direktzahlungen konterkariert oder zumindest ver-

zögert. Dieses würde nicht nur zu einer Verfestigung der derzeitigen Struktur, sondern auch gleichzeitig zu neuen Spannungen führen, da dadurch das Einkommen in der Landwirtschaft deutlich über das eines Industriearbeiters steigen würde. Daher schlägt die EU-Kommission einen – schon weiter oben erwähnten – Stufenplan vor.

**Verhandlungsforgang**

Bei den Verhandlungen auf Basis der 31 Kapitel liegt Slowenien mit 26 vorläufig abgeschlossenen Kapiteln an der Spitze, vor Tschechien, Ungarn und Zypern mit jeweils 24 (siehe Tabelle 3). Unter der Prämisse, dass die ersten Beitrittsländer an der 2004 stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen sollen, ist ein Abschluss der Verhandlungen Ende dieses / Anfang nächsten Jahres erforderlich. Dies ist ein aus mehreren Gründen ambitioniertes Unterfangen. So hofft die Kommission bis Anfang April eine gemeinsame Verhandlungsposition der jetzigen 15 EU-Mitglieder zu den Themenbereichen Landwirtschaft, Strukturfonds und Haushalt zu erreichen. Die schwierige Konsensfindung wird durch die Tatsache, dass in den wichtigen Staaten Frankreich und Deutschland Wahlen stattfinden, erschwert. Der für die Erweiterung zuständige Generaldirektor Landaburu meinte, im Falle innenpolitischer Schwierigkeiten dieser beiden Länder werde die Kommission eher zuwarten, als Öl ins Feuer zu gießen. Im Oktober muss in den von der EU-Kommission jährlich vorgelegten Fortschrittsberichten den Beitrittskandidaten die Erfüllung der Kopen-

(Tabelle 2) Unterstützung für einen EU-Beitritt

	gute Sache	weder gut noch schlecht	schlechte Sache
Rumänien	80	11	2
Bulgarien	74	14	3
Ungarn	60	23	7
Türkei	59	18	14
Beitrittskandidaten insg.	59	22	10
Slowakei	58	28	5
Zypern	51	31	13
Polen	51	27	11
Tschechien	46	31	9
Litauen	41	35	11
Slowenien	41	42	11
Malta	39	25	31
Estland	33	38	14
Lettland	33	39	17

Quelle: Applicant Countries Eurobarometer

hagener Kriterien bescheinigt werden. Wenn die Verhandlungen endgültig abgeschlossen wurden, müssen das Europäische Parlament, die Parlamente der jetzigen 15-Mitgliedsstaaten und die Parlamente der neuen Mitgliedsländer zustimmen.

Als noch zu überwindender Stolperstein darf das negative irische Referendum zum Vertrag von Nizza, einer Vorbedingung der EU-Erweiterung, nicht vergessen werden. Auch die Frage der noch immer geteilten Insel

Zypern, kann in der Schlussphase der Verhandlungen noch zu Verzögerungen führen. Bislang ist für die EU-Kommission ein Beitritt Zyperns nur als ungeteilte Insel in Frage gekommen. Im nun vorgelegten Finanzrahmen sind zusätzliche Mittel für Nordzypern vorgesehen.

In der Phase der entscheidenden Verhandlungen werden die unterschiedlichen Positionen in den einzelnen Kandidatenländern deutlicher hervortreten. In jedem Land gibt es sensible

Verhandlungspunkte, die die jeweiligen Parteien innenpolitisch zu nützen versuchen. Wenn es bei diesen Themen zu keiner raschen Annäherung zwischen der EU und dem jeweiligen Beitrittskandidaten kommt, wird die Frage nach der Notwendigkeit eines Beitritts stärker hervortreten. Derzeit ist die Gruppe der Befürworter eines Beitritts in allen Ländern deutlich größer, allerdings gibt es zwischen den Ländern große Unterschiede (siehe Tabelle 2).

## Ausblick

Die unter Spaniens Präsidentschaft beginnenden Verhandlungen über die letzten Beitrittskapitel werden große Anstrengungen erfordern. Neben den sachlichen Überlegungen muss in den Beitrittsverhandlungen auch mit Feingefühl verhindert werden, dass sich in den Kandidatenländern das Gefühl ausbreitet, EU-Bürger 2. Klasse zu sein und gleichzeitig die jetzigen EU-Mitglieder sich als Zahler ohne Ende sehen. ■

(Tabelle 3)

### Stand der Beitrittsverhandlungen

31 Verhandlungskapitel	BUL	EST	LET	LIT	MAL	POL	RUM	SK	SL	CZ	UNG	ZYP
1 Freier Warenverkehr	o	x	x	x	x	x	o	x	x	x	x	x
2 Freier Personenverkehr	o	x	x	x	x	x	o	x	x	x	x	x
3 Freier Dienstleistungsverkehr	x	x	x	x	x	x	–	x	x	x	x	x
4 Freier Kapitalverkehr	x	x	x	x	x	x	o	x	x	x	x	x
5 Gesellschaftsrecht	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
6 Wettbewerbspolitik	o	x	x	x	o	o	o	o	x	o	o	o
7 Landwirtschaft	o	o	o	o	o	o	–	o	o	o	o	o
8 Fischerei	x	x	x	x	o	o	x	x	x	x	x	x
9 Verkehr	o	x	x	x	x	o	o	o	x	o	x	x
10 Steuern	o	o	o	x	o	x	o	x	x	x	x	o
11 Wirtschafts- u. Währungsunion	o	x	x	x	x	x	–	x	x	x	x	x
12 Statistik	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
13 Sozialpolitik u. Beschäftigung	o	x	x	x	x	x	o	x	x	x	x	x
14 Energie	o	o	x	o	x	x	o	x	x	x	x	x
15 Industriepolitik	x	x	x	x	x	x	–	x	x	x	x	x
16 Klein- u. Mittelbetriebe	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
17 Wissenschaft u. Forschung	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
18 Bildung u. Ausbildung	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
19 Telekommunikation	x	x	o	x	x	x	o	x	x	x	x	x
20 Kultur u. audiov. Politik	x	x	x	x	x	x	o	x	x	x	o	x
21 Regionalpolitik	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o
22 Umwelt	o	x	x	x	o	x	o	x	x	x	x	x
23 Verbraucher- u. Umweltschutz	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
24 Justiz und Inneres	o	x	o	o	x	o	–	o	x	x	x	x
25 Zollunion	o	x	x	x	o	x	o	x	x	x	x	x
26 Außenbeziehungen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
27 Außen- und Sicherheitspolitik	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
28 Finanzkontrolle	o	x	x	x	x	x	–	x	x	x	x	x
29 Haushalt und Finanzen	o	o	o	o	o	o	–	o	o	o	o	o
30 Institutionen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
31 Sonstiges	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Geschlossene Kapitel</b>	<b>14</b>	<b>24</b>	<b>23</b>	<b>24</b>	<b>21</b>	<b>22</b>	<b>9</b>	<b>23</b>	<b>26</b>	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>24</b>

Quelle: EU-Kommission / x Kapitel vorläufig geschlossen / o Kapitel eröffnet / – Kapitel noch nicht eröffnet / Stand: 22. März 2002

# Beitrittsverhandlungen gehen in die entscheidende Runde

*Finanzvolumen 2004–2006*

**Die spanische Präsidentschaft hat nochmals den Zeitplan bekräftigt, der da lautet, dass Ende dieses Jahres die Verhandlungen mit den Beitrittswerbern abgeschlossen werden sollten. Auch wenn sich die Verhandlungen möglicherweise noch in die ersten Monate des Jahres 2003 hineinziehen, kann man doch davon ausgehen, dass die Osterweiterung an einem point of no return angekommen ist.**

Mit der Eröffnung der Kapitel Landwirtschaft, Strukturpolitik und Budget gehen die Beitrittsverhandlungen nun in die entscheidende Runde, denn schließlich geht es bei diesen Kapiteln auch um das Geld.

Die Kommission hat Ende Jänner einen Finanzrahmen 2004–2006 für die Beitrittsverhandlungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei hat sich die Kommission weitestgehend an die globalen Vorgaben der Agenda 2000 gehalten, d.h. dass die darin vorgesehenen Mittel für die Erweiterung im nunmehr vorgestellten Finanzrahmen keinesfalls überschritten werden. D.h., dass zumindest für die drei Jahre 2004–2006 die Osterweiterung aus den bereits bewilligten Mitteln finanziert werden kann.

In Summe sieht der Finanzrahmen für die Jahre 2004–2006 Verpflichtungen der EU gegenüber den osteuropäischen Staaten in Höhe von 40,1 Mrd. € (zu Preisen 99) vor. D.h. nicht, dass auch tatsächlich in diesem Zeitraum 40,1 Mrd. € an die neuen Mitgliedstaaten fließen werden.

## Verpflichtungen und Zahlungen

Zum einen klaffen die Verpflichtungen und die tatsächlichen Zahlungen schon deswegen auseinander, da eine Verpflichtung, die heute eingegangen wird

- 1) erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgezahlt wird und
- 2) auch berücksichtigt werden muss, dass die Mittel aus den Verpflichtungen der EU von den einzelnen Mitgliedstaaten wegen zeitlicher Verzögerungen oder mangels Projekten nicht immer zu 100 % ausgenützt werden müssen.

Insgesamt sieht daher die Kommission für die Jahre von 2004–2006 Zahlungen an die neuen Mitgliedstaaten in Höhe von 28,1 Mrd. € vor. Es sei allerdings vermerkt, dass dies der Bruttobetrag ist, da derzeit noch nicht abzuschätzen ist, welche Mitgliedsbeiträge die osteuropäischen Staaten in den Haushalt der EU zu zahlen haben werden.

Der Aufschrei, den die Veröffentlichung des Finanzrahmens durch die Kommission sowohl bei den Mitgliedstaaten, d.h. im Rat der EU, als auch bei den Kandidaten ausgelöst hat, war erstaunlich. Einige Mitgliedstaaten waren der Meinung, dass der Finanzrahmen zu großzügig bemessen ist, während die Kandidatenländer die vorgeschlagenen Agrarförderungen als ungenügend ansahen und ihre Angst artikulierten, Mitglieder zweiter Klasse zu sein bzw. zu werden. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Erweiterungsprojektes, welches ja der Eckstein einer künftigen europäischen Landkarte sein sollte, scheinen beide Positionen nicht ganz verständlich. Doch schauen wir uns die Zahlen genauer an.

## Beiträge für Erweiterung verkräftbar

Der von der Kommission vorgeschlagene gemeinsame Finanzrahmen für die neuen Mitgliedstaaten würde bedeuten, dass die Länder Mittel- und Osteuropas in den Jahren 2004–2006 von der EU Transferleistungen (brutto!) in Höhe von 3,2–4,3 % ihres BIPs erhalten würden. Gemessen an der Wirtschaftskraft der EU-15, sind dies zwischen 0,12 und 0,17 % des BIPs. Nimmt man ferner an, dass die neuen Mitgliedstaaten auch

Beiträge in Höhe von ca. 1 % des BIPs (maximal) an die EU abführen müssen, so ergibt sich, dass die Belastung für die EU-15 zwischen 0,08 und 0,13 % des BIPs betragen würde. Oder anders ausgedrückt: Jeder EU-Bürger würde im Jahr zwischen 20 und 33 € für die neuen Mitgliedstaaten aufzubringen haben. Angesichts der Bedeutung des Erweiterungsprojektes sind dies Beiträge, die sowohl in relativen terms als auch in absoluten als durchaus verkräftbar anzusehen sind. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass gerade jene EU-Mitgliedstaaten, die am meisten von der Osterweiterung profitieren würden (z.B. Österreich) gegen den Finanzierungsvorschlag der Kommission heftige Einwände vorgebracht haben. Nimmt man nur das Beispiel Österreich. Österreich hat mit den acht osteuropäischen Beitrittskandidaten in den Jahren seit 1990 allein einen Handelsbilanzüberschuss von ca. 13 Mrd. € erwirtschaftet.

Auf der anderen Seite sind auch die Kandidatenländer mit dem Vorschlag der Kommission unzufrieden, da sie den Eindruck haben, dass sie insbesondere beim Kapitel Landwirtschaft als EU-Bürger zweiter Klasse betrachtet werden. Worum geht es dabei?

## Schrittweise Anpassung der Direktzahlungen

Die Kommission hat in ihrem Finanzrahmen vorge-schlagen, dass die an die Landwirtschaft auszubezahlenden Direktbeihilfen im ersten Jahr nur 25 % des EU-Niveaus betragen sollen und dann während eines Zeit-raumes von 10 Jahren schrittweise auf die vollen 100 % aufgestockt werden. Auf der anderen Seite behan-delt der Vorschlag der Kom-mission im Kapitel Landwirt-schaft die neuen Mitglied-staaten relativ großzügig, da für den Erhalt der Direkt-beihilfen nicht spezifische Programme gefordert wer-den, sondern Direktbeihilfen für einen Übergangszeitraum von maximal fünf (3+1+1) Jahren als Hektarbeihilfe gewährt werden. Da die Min-destfläche, die für den Bezug von Direktbeihilfen erforder-lich ist, bei 0,3 ha festgelegt wird, würde dieser Vorschlag auch die semisubsistenzwirt-schaftlichen Betriebe, insbe-sondere in Polen, umfassen. Der Vorschlag der Kommis-sion ist auch vor dem Hinter-grund zu sehen, dass beim Gipfel von Berlin das Niveau der Interventionspreise ab-gesenkt wurde, und als Kom-pensation dafür den Land-wirten höhere Direktbeih-ilfen zugestanden wurden.

## Preiseffekte in Osteuropa

Im Hinblick auf die Osterweiterung gibt es aber zu bedenken, dass in der Mehrheit der Fälle die der-zeit gültigen Marktpreise in Osteuropa für landwirt-schaftliche Produkte unter den Interventionspreisen der EU liegen. Da der Interven-tionspreis quasi ein garan-tierter Mindestpreis für die Landwirtschaft ist, hat dies

zur Konsequenz, dass mit dem EU-Beitritt die landwirt-schaftlichen Produzenten-preise in diesen Ländern steigen werden. Dies hat natürlich Auswirkungen auf das Preisniveau in diesen Ländern, wobei der Anstieg – und hier ist die Argumen-tation der Beitrittskandidaten natürlich richtig – von den Konsumenten in den neuen Mitgliedsländern zu zahlen sein wird. Dennoch berech-tigt das nicht, Direktzahlun-gen, die ja als Kompensation für die ab 1999 niedrigeren Interventionspreise in die EU gewährt werden, voll auf die osteuropäischen Staaten durchschlagen zu lassen, was zum Effekt hätte, dass das Einkommensniveau in der Landwirtschaft überpro-portional (höher als die Industrieinkommen) an-steigen würde und ferner die unproduktiven Strukturen in der osteuropäischen Land-wirtschaft perpetuieren würde. Schließlich ist zu bedenken, dass der Kommis-sionvorschlag eine stufen-weise Erhöhung der Förde-rung der Landwirtschaft in Osteuropa bedeuten würde und bereits im Jahr 2006 über 1 % des BIPs der Kandi-datenländer beträgt. Bei

einem durchschnittlichen BIP-Anteil von 4,3 % bedeutet das, dass die Subventions-intensität in etwa 25 % aus-machen würde.

## Tragfähiger Kompromiss

In Summe ist daher der Vorschlag der Kommission ein wahrscheinlich tragfähi-ger Kompromiss, der die un-terschiedlichen Strukturen, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft in den Bei-trittsländer durchaus berück-sichtigt. Es ist noch etwas zu früh zu sagen, wie letztlich die Finanzierungsstruktur der Osterweiterung am Ende des Tages ausschauen wird. Da über Beitragszahlungen der osteuropäischen Staaten noch keine Vorschläge vorliegen, sind wir hier auch auf weit-gehende Spekulationen ange-wiesen. Möglich erscheint al-lerdings, dass sich folgender Kompromiss abzeichnet: Dass einerseits der Ausgangsrah-men, so wie er von der Kom-mission vorgezeichnet wurde, sowohl vom Rat der EU als auch von den Kandidatenlän-dern akzeptiert wird und im Gegenzug die EU den neuen Mitgliedstaaten temporär Rabatte hinsichtlich ihrer Mit-gliedsbeiträge gewährt.

Ungeachtet der derzeiti-gen Diskussion über Trans-fer- und Beitragszahlungen, muss man aber auch die Fairness aufbringen und sagen, dass die Kandidaten-länder die von der EU gefor-derten Bedingungen (Ko-penhagener Kriterien) groß-teils bereits erfüllt haben, auch wenn das in Einzel-fällen manchmal für diese Volkswirtschaften sehr schwierig und schmerzhaft war.

Betrachtet man nicht die absoluten Zahlen, sondern die relativen Zahlen, wird deutlich, dass die Finanzie-rung der Osterweiterung ge-rade angesichts der Wichtig-keit dieses Projekts sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht für Europa durchaus machbar ist. Eine jährliche Netto-finanzierung von ca. 0,1–0,15 % des EU-BIPs sollte nicht der Anlass sein, dieses große politische Werk scheitern zu lassen. ■

*Aktuelle Informationen über den Verlauf der Beitritts-verhandlungen finden Sie auf der Bank Austria Homepage [www.bankaustria.com](http://www.bankaustria.com) unter Research / Enlargement Briefing.*

## Finanzierungsrahmen für die Erweiterung 2004–2006<sup>1</sup>

(in Mio. €, in Preisen von 1999)

	2004	2005	2006
<b>Mittel für Verpflichtungen</b>			
Landwirtschaft	2.048	3.596	3.933
Strukturpolitische Maßnahmen	7.067	8.150	10.350
Interne Politikbereiche	1.176	1.096	1.071
Verwaltung	503	558	612
<b>Mittel für Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>10.794</b>	<b>13.400</b>	<b>15.966</b>
<b>Mittel für Verpflichtungen insg. (Berliner Szenario 1999)</b>	<b>11.610</b>	<b>14.200</b>	<b>16.780</b>
<b>Mittel für Zahlungen (Erweiterung)</b>	<b>5.686</b>	<b>10.493</b>	<b>11.840</b>
<b>Mittel für Zahlungen (Berliner Szenario 1999)</b>	<b>8.890</b>	<b>11.440</b>	<b>14.220</b>

Quelle: EU Kommission / 1) Szenario: Beitritt von 10 Staaten im Jahr 2004



# Wirtschaftsreformen in Serbien und Montenegro

„Auch Rom wurde nicht an einem Tag erbaut“

**Etwas mehr als ein Jahr nach dem Ende der politischen Isolation bemüht sich die Regierung von Serbien und Montenegro, das Land auch wirtschaftlich rasch an Europa heranzuführen. Die Liste mit den umgesetzten Reformmaßnahmen hat mittlerweile eine beachtliche Länge erreicht. Trotz der intensiven Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft steht jedoch noch ein hartes Stück Arbeit bevor.**

Eine Dekade lang war Jugoslawien, das nun den Namen Serbien und Montenegro annimmt, international isoliert, Wirtschaftssanktionen ausgesetzt und in Kriege verwickelt. Nach den politischen Umwälzungen im Herbst 2000 hat sich die neue politische Führung erfolgreich um die Wiedereingliederung des Landes in die internationale Staatengemeinschaft bemüht. Der rasch eingeleitete wirtschaftliche Reformprozess wird durch die internationalen Finanzorganisationen nunmehr begleitet und durch – vor allem europäische – Hilfgelder unterstützt.

## Politik entscheidet über Erfolg

Weiterhin stellt allerdings die politische Uneinigkeit eine entscheidende Gefahr

für die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Wirtschaftsreformen dar. So gilt es eine Lösung für den politischen Status des Kosovos zu finden, das de facto eine serbische Provinz ist. Die albanische Bevölkerungsmehrheit, der unter Verwaltung der UNO stehenden Region, strebt allerdings die Unabhängigkeit an. Dem neuen Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen, Michael Steiner, fällt die schwierige Aufgabe zu, in Abstimmung mit beiden Seiten die Weichen für die zukünftige Form der Autonomie des Kosovos zu stellen.

Erst kürzlich konnte unter Schirmherrschaft der EU eine vorläufige Einigung über die zukünftigen Beziehungen zwischen den Teilstaaten Serbien und Montenegro erzielt werden, welche die weitere Aufspaltung des Landes in zwei unabhängige Republiken vorerst verhindert hat. Ein Referendum über die Unabhängigkeit Montenegros, das vom montenegrinischen Präsidenten Djukanovic für Mai vorgesehen war, wird nun nicht abgehalten. Bis Herbst dieses Jahres wird eine neue, gemeinsame Verfassung erarbeitet. Beide Teilstaaten werden jedoch weiterhin eine eigene Währungs- und Zollpolitik betreiben. Zudem gilt diese Vereinbarung vorerst nur für einen Zeitraum von drei Jah-

ren, nach dem die gemeinsame Zukunft des ehemaligen Jugoslawiens wieder ungewiss scheint.

Die politische Situation innerhalb des „neuen“ Staates Serbien und Montenegro ist demnach weiterhin von einer hohen Unsicherheit gekennzeichnet, die den wirtschaftlichen Reformprozess zumindest kurzfristig verzögern könnte. Eine erneute Desintegration am Balkan würde die europäische Integration der Region jedenfalls weiter verschleppen.

## 2001 – Jahr der Konsolidierung

Auch die internationale Finanzhilfe und die Beziehungen zum IMF wären davon betroffen. Seit Juni 2001 besteht ein Bereitschaftskreditabkommen über 200 Mio. Sonderziehungsrechte (ca. 270 Mio. EUR) mit einer Laufzeit von 9 Monaten auf dessen Basis die Wirtschaft Anzeichen einer Stabilisierung erkennen lässt. Das Jahr 2001 brachte eine erste Erholung mit einem Anstieg des BIP um geschätzte 6,2%. Damit beträgt die Wirtschaftsleistung jedoch nur rund 50% des Niveaus von 1989. Das vorjährige Wirtschaftswachstum ist primär auf die besonders gute Entwicklung in der Landwirtschaft nach der Dürre des Jahres 2000 zurückzuführen. Während die Industrie auf-

grund fehlender Investitionen noch stagnierte, sorgte der Dienstleistungsbereich für einen positiven Wachstumsimpuls. Insbesondere das Transportgewerbe verzeichnete einen starken Aufschwung. Für 2002 erwartet der Internationale Währungsfonds eine weitere Zunahme der Wirtschaftsleistung um real 4%, der durch höhere internationale Finanzhilfe und einem stärkeren Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen von der Industrie und dem Dienstleistungssektor getragen werden wird.

Während in Montenegro der Euro als gesetzliches Zahlungsmittel gilt, hat die sinkende Inflation das Vertrauen der serbischen Bevölkerung in die heimische Währung, den Dinar, gestärkt. Die Teuerungsrate ist gegen Ende 2001 auf unter 40% im Jahresabstand zurückgegangen (Ende 2000: 113,5%). Ein deutlicher Preisauftrieb wird zwar auch weiterhin von der Anhebung administrierter Preise – um den Kostendeckungsgrad zu erhöhen – ausgehen, dennoch erwartet die Regierung eine Verminderung der Inflationsrate auf rund 20% Ende dieses Jahres. Voraussetzung dafür ist auch die Beibehaltung des seit Beginn 2001 stabilen Wechselkurses des Dinars gegenüber dem Euro, was für die Nationalbank seit der Einführung eines „managed floats“ zu Beginn 2001 oberste Priorität hat. Die Erfüllung dieses Ziels ist angesichts stark gestiegener Devisenreserven wesentlich einfacher geworden. Mit Ende 2001 betragen die Währungsreserven der Nationalbank bereits 1,3 Mrd. EUR (Ende 2000: 0,6 Mrd. EUR), was einer deutlichen Verbesserung der Importdeckungsquote auf fast 3 Monate entspricht.

Von überraschenden Erfolgen war 2001 die Budgetpolitik gekennzeichnet. Eine vorsichtige Ausgabenpolitik und eine unerwartet starke Einnahmenentwicklung auch aufgrund von umfangreichen Fiskalreformen haben das Defizit auf 2,4 % des BIP (ursprünglicher IMF-Plan: -6,1 %) begrenzt. Das Budget 2002 wird durch neue Ausgabenposten stark belastet und der Fehlbetrag in Übereinstimmung mit dem IMF auf 6,2 % des BIP anwachsen. Der diesjährige Kostenanstieg im öffentlichen Haushalt hat jedoch durchaus auch einen positiven Hintergrund, da er vor allem eine Folge der eingeleiteten Strukturreformen im Unternehmens- und Bankensektor ist, sowie direkt auf das Umschuldungsabkommen mit internationalen Organisationen und dem Paris Club zurückgeführt werden muss.

### Spielraum durch Umschuldung gewonnen

Im Jahr 2001 konnten enorme Fortschritte hinsichtlich der Restrukturierung der Auslandsverschuldung von Serbien und Montenegro von insgesamt rund 12 Mrd. USD gemacht werden, was allerdings 2002 das Budget durch die erstmalige Bedienung dieser Verbindlichkeiten im Ausmaß von rund 330 Mio. USD oder 14 % der Exporte i.w.S. belastet.

Nachdem bereits im Dezember 2000 eine Lösung für die Außenstände gegenüber dem IMF als Vorbedingung für die Mitgliedschaft des Landes gefunden wurde, wurde im November 2001 ein Umschuldungsabkommen mit der Weltbank über den aushaftenden Betrag von 1,8 Mrd. USD getroffen. Vor allem aber kamen die Verhandlungen mit dem Paris Club, der Gläubiger von ca. 4,6 Mrd. USD

oder rund 40 % der gesamten Auslandsverbindlichkeiten ist, zu einem Abschluss. Er gewährte letztlich eine Schuldenreduktion um 66 %. Auch mit dem Londoner Club laufen mittlerweile Verhandlung über eine ähnliche Regelung. Mit der weitgehenden Lösung der Verschuldungssituation ist der Weg für neue Kredite frei geworden und die Liquiditätslage hat sich deutlich entschärft.

### Unternehmens- und Bankenrestrukturierung angelaufen

Mit der Einleitung tiefgreifender Reformen hat die Regierung die Absicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs in die Wege geleitet. An der Spitze steht der Privatisierungsprozess, der sich in den letzten Monaten auf Basis des Mitte 2001 beschlossenen Privatisierungsgesetzes deutlich beschleunigt hat. Nach Abschluss der Privatisierung der serbischen Zementindustrie (Gesamterlös: ca. 150 Mio. EUR) wurde

nun der Verkauf des Ölkonzerns NIS gestartet. Die Vorbereitung einer Veräußerung von weiteren 30 Grossunternehmen via internationale Tender ist angelaufen. Auch Klein- und Mittelbetriebe stehen auf der Privatisierungsliste, die 2002 Erlöse von bis zu 450 Mio. EUR ermöglichen soll.

Bedeutende Fortschritte wurden auch bei der Etablierung eines funktionstüchtigen Bankensektors gemacht. Auf Basis der im Mai 2001 erstellten Strategie zur Bankenrestrukturierung wurden nach einer Evaluierung der 71 Banken Serbiens 26 Institute als insolvent eingestuft und unter Kontrolle der Bankenrehabilitationsagentur gestellt oder die Liquidation eingeleitet. So wurden im Jänner 2002 vier der größten Banken des Landes (Investbanka, Jugobank, Beobank und Beogradska banka) bereits liquidiert. Neben der Rekapitalisierung heimischer Banken, deren Kosten für 2002 auf rund 170 Mio. EUR oder 1,2 %

des BIP geschätzt werden, sollte auch das Auftreten von mittlerweile fünf internationalen Instituten die Funktionsfähigkeit des serbischen Bankensektors verbessern.

### Fortsetzung der Finanzhilfe unerlässlich

Obwohl die Stabilisierungserfolge der Regierung beeindruckend, bestehen weiterhin enorme Risiken hinsichtlich der Fortsetzung der Reformbemühungen. Neben der weiterhin unklaren politischen Lage belastet die schwache wirtschaftliche Basis, wie z.B. der großteils insolvente Banken- und Unternehmenssektor sowie die schlechte Infrastrukturausstattung, die weitere Entwicklung. Die konsequente Umsetzung der mit dem IMF vereinbarten wirtschaftspolitischen Konzepte und die weitere finanzielle Unterstützung durch offizielle Gläubiger sind Grundvoraussetzungen für die Beibehaltung des Wachstumspfad und die Erhaltung der Liquidität des Landes. ■

### BR Jugoslawien – Ausgewählte Indikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %	1997	1998	1999	2000	2001	Prognose	
						2002	2003
BIP (real)	7,4	1,9	-15,7	5,0	6,2	4,0	5,0
Industrieproduktion (real)	9,5	3,6	-22,5	10,9	0,0	2,0	3,5
Bruttoanlageinvestitionen (real)	0,8	-2,2	-29,7	-	-	-	-
Verbraucherpreise (Jahresdurchschnitt)	21,6	29,8	42,4	71,8	91,3	26,0	14,0
Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	25,5	25,4	25,5	26,8	28,0	30,0	30,0
Budgetsaldo (in % des BIP)	-8,8	-7,2	-8,2	-3,0	-2,4	-6,2	-
<i>in Mio. EUR</i>							
Güterexporte	2.363	2.522	1.403	1.872	2.120	2.440	2.630
Güterimporte	4.258	4.230	3.089	4.033	5.020	5.440	5.580
Leistungsbilanzsaldo	-1.128	-519	-716	-663	-1.200	-1.670	-1.580
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-8,2	-4,2	-7,5	-7,6	-10,0	-11,8	-10,5
Ausl. Direktinvestitionen (Nettozufluss)	653	101	105	27	170	330	-
Bruttoauslandsverschuldung (Periodenende)	9.261	10.281	12.138	12.285	13.510	9.110	9.470
Bruttoauslandsverschuldung (in % des BIP)	67,3	82,8	127,5	140,1	112,5	64,6	62,7
Importdeckungsquote (in Monaten)	1,2	0,9	1,0	1,5	2,9	3,1	3,2
YUM/EUR (Jahresdurchschnitt)	6,48	10,46	11,73	34,87	59,38	62,3	70,0
YUM/USD (Jahresdurchschnitt)	5,72	9,34	11,09	37,46	66,65	70,0	73,7

Quelle: WIIW, NBI, IMF, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

# Bosnien und Herzegowina

„Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“

**Die positiven Entwicklungen der letzten Monate haben das Interesse ausländischer Investoren neu aufflammen lassen. Dem steigenden Informationsbedarf trägt die BA/CA nun mit einer umfassenden Studie<sup>1</sup> der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung.**

Mehr als sechs Jahre nach dem Abschluss des Friedensabkommens von Dayton steht Bosnien und Herzegowina noch am Anfang des Reformprozesses. Die schwierige politische Situation, geprägt von Konflikten zwischen den drei Volksgruppen und den beiden Entitäten, stellt eine massive Hürde für die ökonomische Entwicklung dar.

Bei den Wahlen im Herbst 2000 wurden die politischen Karten neu gemischt und durch die Stärkung multiethnischer Parteien ein Paradigmenwechsel zu einer nichtnationalistischen Politik weitgehend vollzogen. Nach teilweise monatelangen Koalitionsverhandlungen und beträchtlichem internationalen Druck bildeten sich auf Gesamtstaats- und Föderationsebene gemäßigte Koalitionen. Ministerpräsident in der Föderation wurde der für die „Allianz für den Wandel“ angetretene Sozialdemokrat Alija Behman. Obwohl die

Regierungsarbeit durch die breite Koalition aus zehn Parteien und der Fragmentierung der Entität in zehn Kantone erschwert ist, haben die letzten Monate deutliche Fortschritte bei der Umsetzung von Rechts- und Wirtschaftsreformen angezeigt.

In der Republika Srpska wurde Mladen Ivanic der Führer der Partei für den demokratischen Fortschritt nach den Wahlen vom Herbst 2000 Ministerpräsident der neuen Regierung. Die Arbeit des reformorientierten Universitätsprofessors ist jedoch durch die Notwendigkeit einer Koalition mit der stimmenstärksten, nationalistischen Gruppierung, der Serbischen Demokratischen Partei (SDS), die von dem mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadzic gegründet worden war, erschwert.

## Herbstwahlen 2002 nach bosnischem Recht

Die Amtszeit der derzeitigen Regierungen aller staatlichen Ebenen endet nach nur zweijähriger Laufzeit bereits im Herbst 2002. Die Parlamentswahlen im November d.J. werden erstmals nicht mehr von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausgerichtet, sondern auf Basis des im Vorjahr im Parlament verabschiedeten Wahlgesetzes von Bosnien-

Herzegowina selbst organisiert. Die derzeitigen Regierungen werden um die Zustimmung der Bevölkerung hart kämpfen müssen, da die Unzufriedenheit mit der sozialen Lage – die Arbeitslosenquote liegt bei über 40 % – den Zulauf zu nationalistischen Parteien wieder verstärken könnte. Die Fortsetzung der derzeitigen gemäßigten Regierungskoalitionen erscheint insbesondere unter Druck der internationalen Gemeinschaft allerdings das wahrscheinlichste Szenario des Wahlausgangs zu sein. Jedenfalls wird die zukünftige politische Arbeit dadurch erleichtert, dass die Amtsperiode von nun an vier Jahre beträgt.

## Neuer Hoher Repräsentant ab Juni 2002

Das Mandat für den derzeitigen Hohen Repräsentanten (HR) Wolfgang Petritsch läuft Ende Mai dieses Jahres aus. Sein Nachfolger wird der britische Liberaldemokrat Lord Ashdown. Von einem HR aus einem Land der G-7 versprechen sich die politischen Entscheidungsträger des Landes eine stärkere Involvement und Verantwortlichkeit der großen Wirtschaftsnationen für die zukünftige Entwicklung in Bosnien und Herzegowina.

Die Internationale Gemeinschaft, die sich nach

ursprünglichen Plänen bereits im laufenden Jahr aus Bosnien zurückziehen wollte, hat ihre Präsenz verlängert. Allerdings wird der Apparat bereits redimensioniert und damit Vorbereitungen für die Erfüllung des langfristigen Ziels, einem politisch und wirtschaftlich selbständigen Bosnien und Herzegowina getroffen. Die Integration eines friedlichen Gesamtstaates in ein vereintes Europa ist die Option, dessen erster Schritt mit der Aufnahme im Europarat, der offiziell im April dieses Jahres erfolgt, in greifbare Nähe rückt.

## Stabilitätsfaktor Currency Board

Die internationale Finanzhilfe, die mittlerweile fünf Milliarden US-Dollar überstiegen hat, beginnt Früchte zu tragen. Was auch daran liegt, dass in der Wirtschaftspolitik mittlerweile wichtige Grundpfeiler für eine anhaltend positive Entwicklung gesetzt wurden. Die größten Erfolge wurden im monetären Bereich erzielt. Unter Führung der Nationalbank, die vom Neuseeländer Peter Nicholl geleitet wird, konnte das Vertrauen der Bevölkerung in die neue gemeinsame Währung, die Konvertible Marka, rasch gestärkt werden. Mittel zum Zweck ist das Currency Board, in dessen Rahmen die Marka früher

<sup>1</sup>) Die Studie „The Economic Situation in Bosnia-Herzegovina“ wurde im Auftrag der BA/CA vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche erstellt. Die ausschließlich in englischer Sprache vorliegende Studie kann kostenlos unter der Telefonnummer (01) 71191 56148 (Tonband) oder unter [pub@ba-ca.com](mailto:pub@ba-ca.com) bestellt werden.

1:1 an die Deutsche Mark und nun im Verhältnis 1,95583:1 an den Euro gebunden wurde. Der fixe Wechselkurs erhöhte die Akzeptanz der Marka als Zahlungsmittel und unterstützte zudem den Rückgang der Inflation auf EU-Niveau. Die Teuerungsrate liegt in beiden Entitäten mittlerweile bei nur rund 2 % im Jahresabstand. Wechselkurs- und Preisstabilität haben zudem zu einem sinkenden Zinsniveau geführt.

### Bankensektor gewinnt an Vertrauen

Der Bankensektor hat hinsichtlich des Reformtempo und -umfangs eine Vorreiterrolle in Bosnien eingenommen. Mit dem Engagement ausländischer Banken – auch die BA/CA ist seit Beginn des Jahres in Sarajewo vertreten – hat sich das Vertrauen der Bevölkerung in den Bankensektor wesentlich verbessert, was sich in einem kontinuierlichen Anstieg der Einlagen zeigt. Dazu beigetragen hat auch die Einführung einer Einlagensicherung von bis zu 5.000 KM für die sich mittlerweile sieben Institute qualifiziert haben. Auch die schrittweise Anhebung der Mindestkapitalerfordernisse auf 15 Mio. KM in diesem Jahr stellt für die Schaffung eines vertrauenswürdigen Bankensektors eine wichtige Voraussetzung dar. Eine Aufwertung und eine erste Bewährungsprobe haben die Kommerzbanken zu Beginn des Jahres durch die Einführung eines Zahlungsverkehrssystems nach westlichen Muster und gleichzeitiger Ablöse der zentralen Zahlungsbüros erfahren.

### Privatisierungen im Laufen

Der Bankensektor beginnt sich rasch westlichen

Standards anzugleichen und wird daher eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des mit großen Kapitalmangel kämpfenden Unternehmenssektors spielen können. Um die Restrukturierung der Betriebe zu initiieren, wurden in beiden Entitäten bereits umfassende Privatisierungsprogramme in die Wege geleitet. Bis zum Herbst 2001 sind in der Föderation rund 170 Klein- und Mittelbetriebe mittels Ausschreibungen, Auktionen und Direktverkäufe privatisiert worden. Anteile an größeren Unternehmen wurden im Rahmen einer Voucherprivatisierung vergeben. Die Mehrheitsanteile sollen jedoch an strategische Investoren gehen. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Transaktion stellt die Übernahme des größten Mineralwassererzeugers Kiseljak durch die kroatische Agrokor dar.

In der Republika Srpska gelang es bisher rund 1/3 der rund 300 zur Privatisierung vorgesehenen Klein- und Mit-

telbetriebe zu verkaufen. Im Rahmen der Eigentumstransformation von Grossbetrieben wurde auch in dieser Entität ein Voucherprogramm umgesetzt. Die Privatisierung durch Ausschreibungen oder direkte Verhandlungen ist für 180 Unternehmen, von denen 52 als strategisch klassifiziert werden, vorgesehen. Umgesetzt konnte u.a. bereits der Verkauf der Brauerei Banja Luka an die belgische Interbrew werden.

### Reformen auf mikroökonomischer Ebene entscheidend

Während die monetäre Stabilisierung auf Basis des rigiden Systems des Currency Boards in Bosnien gegriffen hat und neben der Wechselkurs- auch Preisstabilität und ein sinkendes Zinsniveau ermöglicht hat, stellt die schwache mikroökonomische Basis der Wirtschaft ein Hindernis für ein anhaltend dynamisches Wachstum dar. Die reale Zuwachsrate des letzten

Jahres von rund 5 % ist nur dann zu wiederholen oder sogar zu übertreffen, wenn neben den Reformen im Bankwesen, die Privatisierung rascher vorankommt und die Unternehmen anschließend auf einer soliden und transparenten gesetzlichen Basis operieren können. Um ausländische Investoren, die über das notwendige Kapital für die Modernisierung und Ausweitung der Produktionsstätten verfügen, vermehrt anziehen zu können, bedarf es daher rascher Verbesserungen im Rechtssystem, wie z.B. der komplizierten Steuergesetzgebung oder der bürokratischen Gewerbeordnung sowie der Gerichtsbarkeit, die es ermöglichen muss, Rechtsansprüche in angemessener Zeit auch durchsetzen zu können. Es bestehen somit noch beträchtliche Risiken für Investoren in Bosnien und Herzegowina. Aber es gibt auch viele vorteilhafte Gelegenheiten. Und wer zuerst kommt, mahlt zuerst. ■

### Bosnien – Ausgewählte Indikatoren

Veränderung geg. Vorjahr in %	1998	1999	2000	2001	Prognose	
					2002	2003
BIP (real)	10,0	10,0	5,9	5,6	5,0	5,0
Industrieproduktion (real) Föderation	24,0	11,0	8,8	5,0	5,0	–
Industrieproduktion (real) Rep. Srpska	23,0	2,0	5,6	3,0	3,0	–
Verbraucherpreise Föderation	5,2	–0,7	1,9	1,7	2,0	2,0
Verbraucherpreise Rep. Srpska	–1,4	14,1	14,6	8,0	2,0	2,0
Budgetsaldo (in % des BIP)	–6,8	–7,0	–5,0	–4,9	–5,0	–
in Mio EUR						
Güterexporte	623	608	795	980	1.190	1.390
Güterimporte	2.374	2.345	2.552	2.770	2.910	2.950
Leistungsbilanzsaldo	–881	–992	–1.047	–1.120	–1.090	–970
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	–20,8	–21,8	–23,8	–24,0	–20,9	–16,6
Ausl. Direktinvestitionen (Nettozufluss)	89	84	163	180	280	–
Bruttoauslandsverschuldung (Periodenende)	2.669	2.901	2.808	3.070	3.390	3.470
Bruttoauslandsverschuldung (in % des BIP)	70,3	68,1	58,8	59,1	58,7	56,5
Importdeckungsquote (in Monaten)	0,7	2,0	2,4	2,3	2,6	2,8
Marka/EUR (Jahresdurchschnitt) <sup>1</sup>	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Marka/USD (Jahresdurchschnitt) <sup>1</sup>	1,76	1,84	2,07	2,19	2,17	2,06

Quelle: EBRD, IWF, BAI/CA Konzernvolkswirtschaft

1) Einführung der Marka im Juni 1998 als offizielles Zahlungsmittel in beiden Republiken



# Investieren in der Tschechischen Republik und in der Slowakei

**Bereits seit einigen Jahren verzeichnen die Tschechische Republik und die Slowakei einen kräftigen Anstieg an Direktinvestitionen aus dem Ausland. Die Bank Austria hat daher Investitionsleitfäden für diese Länder bereitgestellt.**

Die Ostöffnung sowie die nachfolgende politische und wirtschaftliche Neuorientierung der mittel- und osteuropäischen Reformländer ließ das Interesse der westlichen Staaten an Investitionen in diesen Raum sprunghaft ansteigen.

Für Österreich waren die angrenzenden Reformländer bereits vor der Ostöffnung als Handelspartner von großer Bedeutung. Durch die sich seit Anfang der 90er-Jahre bietenden Chancen für Direktinvestitionen wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern noch wesentlich vertieft.

Österreichische Investoren sind sowohl in der Tschechischen Republik als auch in der Slowakei außergewöhnlich stark präsent. Ende 2000 wurde in der Tschechischen Republik bei den FDI (Foreign Direct Investments) ein Stand von knapp 24 Mrd. Euro verzeichnet – etwas mehr als 12 % kommen davon aus Österreich (Platz 3 nach den Niederlanden und Deutschland). Und in der Slowakei hat Österreich an den knapp 3,8 Mrd. Euro zählenden FDI sogar einen Anteil

von etwas über 15 % (ebenfalls Platz 3, nach Deutschland und den Niederlanden).

Die Bank Austria betrachtet die Länder in Mittel- und Osteuropa als ihre Kernmärkte. Schon frühzeitig wurde das Potenzial dieser Region erkannt und heute verfügt der Konzern als Anbieter von Finanzdienstleistungen von allen international tätigen Banken in diesem Raum über das dichteste Netz an Bankentöchtern und anderen Finanzdienstleistern. Die Gruppe bietet Exporteuren und Investoren die volle Produktpalette eines internationalen Bankkonzerns mit langjährigen Erfahrungen und hat für ihre Anliegen den jeweils richtigen Ansprechpartner.

Relativ junge Märkte – bezogen auf den Übergang zu einer Marktwirtschaft – bergen große Chancen für engagierte Unternehmer. Allerdings beinhalten sie auch ein Risiko hinsichtlich unliebsamer Überraschungen durch ungenügende Kenntnis der jeweiligen rechtlichen Situation im Zielland.

Die genaue Kenntnis der ökonomischen und insbesondere der rechtlichen Gegebenheiten hat somit einen hohen Stellenwert. Die umfassende Analyse dieser Rahmenbedingungen schafft die Voraussetzungen für einen Erfolg und hilft, unliebsame Überraschungen auf ein Minimum zu reduzieren.

Die neu aufgelegten Investitionsleitfäden für die Tschechische Republik bzw.

für die Slowakei bieten Interessenten für Investitionsvorhaben wichtige Erstinformationen an.

## Zahlreiche Neuerungen seit 1. Jänner 2002

Seit 1.1.2002 gibt es zum Beispiel neue Investitionsanreize in der Slowakei, die sich auf die staatliche Hilfe bei Investitionen zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit Unternehmensgründungen, Produktionsenerweiterung oder Unternehmenskauf beziehen. Der Leitfaden Slowakei informiert nicht nur über die einzelnen Formen der Investitionsanreize, sondern auch über die diversen Bedingungen.

Erleichtert wurde in der Slowakei die Tätigkeit von Ausländern in Führungspositionen slowakischer Unternehmen: Personen aus dem OECD-Raum benötigen als statutarische Organe (Geschäftsführer und Prokuristen etc.) eines Unternehmens in der Slowakei keine Aufenthaltsbewilligung mehr, es genügt seit 1.1.2002 eine fremdenpolizeiliche Meldung. Ebenfalls neu seit 1.1.2002 ist die Möglichkeit, eine „Private Aktiengesellschaft“ zu gründen – eine solche liegt vor, wenn nicht mehr als 50 Aktionäre vorhanden sind. Weiteres Wissenswertes bietet der Slowakei-Leitfaden in den Kapiteln Handelsrecht und Gesellschaftsrecht.

Ende Dezember 2001 wurde in der Tschechischen Republik ein neues Buch-

führungsgesetz beschlossen, das mit 1.1.2002 in Kraft trat. Die Änderungen z.B. hinsichtlich Wirtschaftsjahr, Prüfungs- und Offenlegungspflicht, Grenzen für die Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses und vieles andere mehr können im Kapitel Bilanzrecht des Leitfadens für die Tschechische Republik nachgelesen werden.

Wer Auskunft benötigt z.B. über Mindestgehälter, wöchentliche Arbeitszeit (diese wurde per 1. 1. 2002 von 43 auf 40 reduziert) oder Mindesturlaubsanspruch in der Tschechischen Republik findet diese Informationen im Kapitel Arbeitsrecht.

Die oben angeführten Beispiele sind nur eine kleine Auswahl wissenswerter Details. Zahlreiche weitere Informationen bezüglich Finanzierung und rechtlicher Rahmen bieten die jeweiligen Kapitel. Und für weitergehende Auskünfte finden Sie in jedem Leitfaden die richtigen Ansprechpartner. ■

*Die Broschüren „Investitionsleitfaden für die Tschechische Republik“ bzw. „Investitionsleitfaden für die Slowakei“ wurden von der Bank Austria in Zusammenarbeit mit der Consultatio in deutscher und englischer Sprache erstellt und können in der Abteilung Group Public Relations unter der Tel.-Nr. +43 (1) 711 91 DW 56148 (Tonband) oder via E-Mail (pub@bankaustria.com) kostenlos bestellt werden.*



# Österreich

BIP/Entstehung					BIP/Verwendung				
real	1998	1999	2000	2001	real	2000	2001	2002	2003
							Prognose Bank Austria		
BIP	3,5	2,8	3,0	1,0	BIP	3,0	1,0	1,3	2,1
Land- und Forstwirtschaft	3,1	-3,8	4,3	1,1	Privater Konsum	2,5	1,3	1,4	1,6
Sachgütererzeugung u. Bergbau	4,4	3,4	7,2	1,5	Öffentlicher Konsum	0,9	-0,2	0,6	0,5
Energie- u. Wasserversorgung	3,6	3,8	3,3	-0,7	Bruttoinvestitionen	3,6	-2,6	0,6	3,4
Bauwesen	3,4	2,5	0,4	-2,6	Ausrüstungen	11,1	-0,8	1,9	5,5
Handel	3,9	3,1	3,8	0,0	Bauten	0,3	-2,2	-1,2	1,5
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	3,5	3,2	4,2	6,3	Exporte i.w.S	12,2	5,5	4,3	8,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	5,2	1,6	1,4	1,5	Waren	13,5	4,6	4,4	7,8
Kredit- u. Versicherungswesen	3,0	-1,7	9,8	-0,9	Reiseverkehr	1,3	5,7	4,0	1,5
Realitätenwesen	3,5	3,7	2,1	2,0	Importe i.w.S.	11,1	3,6	3,6	7,7
Öffentliche Dienste	1,9	1,0	0,9	-1,6	Waren	10,8	3,8	3,6	7,3
Sonstige Dienstleistungen	2,8	0,6	4,1	1,8	Reiseverkehr	4,4	3,3	2,1	0,5

## Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion <sup>1</sup> Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
1997	7,2	2,3 <sup>2</sup>	-0,1	-3,4	3.055,5	7,1	1,3
1998	9,0	2,2	2,6	1,5	3.076,6	7,2	0,9
1999	6,0	1,3	3,0 <sup>2</sup>	1,6	3.107,9	6,7	0,6
2000	9,9	3,6	2,6	0,7	3.133,8	5,8	2,3
2001	-	-	0,4	1,3	3.148,2	6,1	2,7
April 01	0,5	-7,9	0,0	8,0	3.130,0	5,8	3,0
Mai 01	-3,1	-6,7	-1,4	9,6	3.150,0	5,3	3,4
Juni 01	-0,9	-3,9	1,8	-5,1	3.173,0	4,9	2,8
Juli 01	3,1	-1,7	-0,6	0,1	3.243,5	4,8	2,8
Aug. 01	-1,2	-4,1	2,1	-0,3	3.221,5	5,0	2,5
Sept. 01	-3,2	-6,9	-3,9	-7,9	3.188,4	5,2	2,6
Okt. 01	-0,7	4,4	1,5	4,6	3.163,9	5,8	2,5
Nov. 01	-7,1	-0,5	-0,5	5,9	3.137,4	6,7	2,1
Dez. 01			-2,0	4,8	3.100,6	8,0	1,9
Jän. 02				-1,4	3.065,9	8,9	2,1
Feb. 02					3.084,0	8,5	1,9

1) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau / 2) Neue statistische Basis

## Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	21.3. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	21.3. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	21.3. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Österreich				5,1	5,3	5,3			
Euroland	3,4	3,4	3,7	4,9	5,1	5,1			
USA	1,8	2,0	2,7	4,9	5,2	5,3	0,87	0,86	0,92
Japan	0,01	0,03	0,20	1,5	1,6	1,8	114	116	118
UK	4,1	4,3	5,0	5,1	5,2	5,2	0,61	0,60	0,65
Schweiz	1,8	2,0	2,8	3,6	3,6	3,6	1,48	1,48	1,53

Quelle: Statistik Austria; BA/CA Konzernvolkswirtschaft

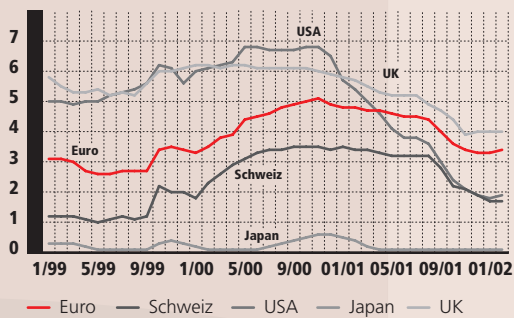
# International

	<b>BIP</b>						<b>VPI*</b>					
	(real, Vdg. in %)						(in %)					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Österreich	3,5	2,8	3,0	1,0	1,3	2,1	0,8	0,5	2,0	2,3	1,5	1,6
Deutschland	2,2	1,5	3,0	0,6	0,7	1,5	0,9	0,6	2,1	2,5	1,7	1,8
Frankreich	3,4	2,7	3,5	2,0	1,5	2,2	0,7	0,6	1,8	1,7	1,5	1,3
Italien	1,5	1,4	2,9	1,8	0,8	2,0	2,0	1,7	2,6	2,7	2,3	2,0
Euroland	2,9	2,5	3,4	1,4	1,1	2,0	1,1	1,1	2,3	2,7	1,9	1,8
USA	4,3	4,1	4,1	1,2	2,0	2,6	1,6	2,2	3,4	2,9	1,8	2,4
Japan	-1,1	0,8	2,2	-1,0	-1,5	0,5	0,6	-0,3	-0,7	-0,7	-1,0	0,8
UK	2,6	2,3	2,9	2,4	1,8	2,5	2,7	2,3	2,1	2,1	2,0	2,0
Schweiz	2,4	1,5	3,0	1,4	1,1	1,5	0,0	0,8	1,5	1,0	0,7	1,0

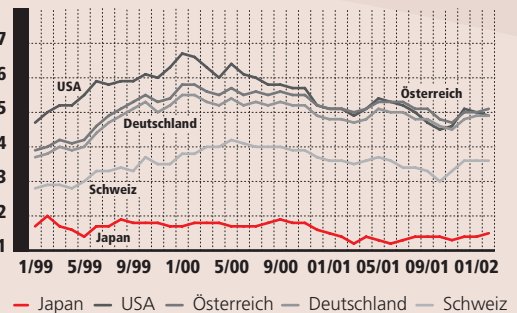
\*) für Länder der Eurozone HVPI

	<b>Budgetsaldo</b>						<b>Leistungsbilanz</b>					
	(in % des BIP)						(in % des BIP)					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Österreich	-2,4	-2,2	-1,1	0,1	0,0	0,1	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-1,7	-1,4	-1,3	-2,7	-2,7	-1,7	-	-	-	-	-	-
Frankreich	-2,7	-1,6	-1,3	-1,4	-2,0	-1,3	-	-	-	-	-	-
Italien	-2,8	-1,8	-1,5	-1,4	-2,0	-1,5	-	-	-	-	-	-
Euroland	-2,0	-1,2	-0,7	-1,3	-1,6	-0,9	0,7	0,4	-0,9	0,4	0,1	0,2
USA	0,8	1,3	2,4	1,5	-1,9	-1,4	-2,5	-3,5	-4,5	-4,3	-4,0	-4,2
Japan	-5,0	-7,0	-7,4	-10,0	-13,0	-13,0	3,2	2,4	2,5	2,4	2,2	2,4
UK	0,9	1,2	1,8	1,2	0,0	-0,3	-0,1	-1,2	-2,0	-1,8	-2,5	-2,5
Schweiz	0,1	-0,7	-0,3	1,0	0,8	1,4	9,8	11,2	13,1	12,0	11,5	11,0

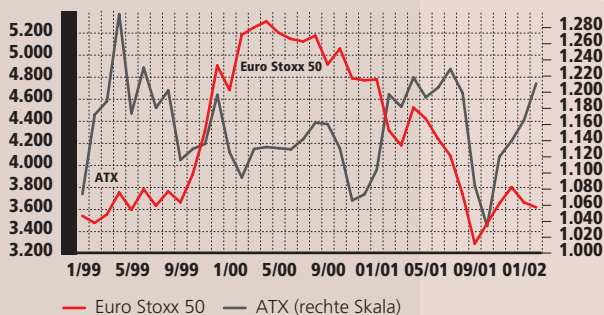
**3-Monatsgeld**



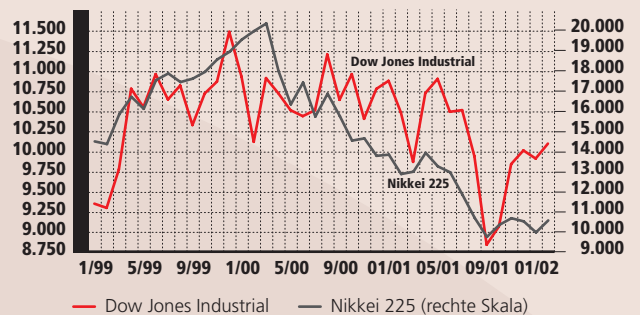
**Sekundärmarktrendite**



**ATX/Euro Stoxx**



**Dow Jones/Nikkei 225**



Quelle: Nationale Statistiken, OECD, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

# Osteuropa

	<b>BIP</b>						<b>Industrieproduktion</b>					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	1989 = 100 2001	1999	2000	2001	2002	2003	1989 = 100 2001
Bulgarien	2,4	5,8	4,6	3,2	4,5	83	-12,5	2,3	0,7	4,0	6,0	45
Kroatien	-0,4	3,7	4,1	3,1	3,6	90	-1,4	1,7	6,0	3,0	4,0	60
Polen	4,1	4,0	1,1	0,8	3,0	145	4,3	7,1	-0,2	0,0	6,0	132
Rumänien	-1,2	1,8	5,3	2,5	4,0	85	-8,7	8,7	8,0	4,0	7,0	51
Russland	5,4	9,0	5,0	3,0	3,5	69	8,4	11,9	4,9	3,0	4,0	46
Slowakei	1,9	2,2	3,3	2,5	3,6	110	-2,9	9,0	4,9	4,5	7,2	93
Slowenien	5,0	4,6	3,2	2,9	3,8	124	-0,5	6,2	2,9	3,0	4,0	83
Tschechien	-0,4	2,9	3,3	3,0	3,5	100	-3,0	5,3	6,4	4,5	6,5	87
Ukraine	-0,4	5,8	9,0	4,0	3,3	47	4,3	12,9	15,0	6,0	4,3	65
Ungarn	4,2	5,2	3,8	3,6	4,2	112	10,4	18,3	4,1	5,0	8,5	142

	<b>Privater Konsum</b>						<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	-	5,2	2,0	0,8	3,7	3,5	22,9	25,3	8,2	15,0	12,0	10,0
Kroatien	-0,6	-2,7	4,1	4,5	3,5	4,5	3,0	-5,9	-3,5	7,0	4,5	4,7
Polen	4,8	5,2	2,6	2,1	1,2	2,0	14,2	6,9	3,1	-10,2	-5,0	8,0
Rumänien	-4,1	-4,5	1,7	7,5	2,7	2,6	-5,1	-10,8	5,5	6,2	5,2	6,0
Russland	-4,0	-4,4	9,3	8,7	4,0	4,5	-6,7	4,5	18,0	8,7	5,0	6,0
Slowakei	5,3	0,1	-3,5	4,0	3,5	3,0	11,0	-23,5	-0,7	11,6	8,4	4,7
Slowenien	3,3	6,2	1,5	2,2	2,5	4,0	11,3	19,1	0,2	-2,0	4,0	6,0
Tschechien	-2,0	0,5	1,4	3,7	3,3	2,8	-3,9	-5,5	5,2	7,5	5,0	6,0
Ukraine	-5,0	-3,3	4,0	7,5	4,5	3,5	4,8	2,9	6,5	8,5	5,5	5,5
Ungarn	3,8	4,6	3,3	4,3	4,2	4,0	11,4	5,9	6,6	3,1	5,0	6,5

	<b>VPI</b>						<b>Arbeitslosenquote</b>					
	<i>(in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	22,3	0,3	9,9	7,4	7,9	4,5	12,2	13,8	18,1	17,5	18,0	17,8
Kroatien	5,7	4,2	6,2	4,9	3,0	3,5	17,6	19,5	21,5	22,3	23,2	21,5
Polen	11,8	7,3	10,1	5,5	4,2	4,2	10,0	12,0	13,9	16,2	18,0	18,0
Rumänien	59,1	45,8	46,2	34,8	26,0	18,0	9,2	11,3	10,9	9,0	9,2	9,3
Russland	27,7	85,7	21,0	21,5	17,0	15,0	11,9	12,6	10,5	9,0	9,0	8,5
Slowakei	6,7	10,6	12,2	7,3	4,2	6,0	13,8	17,5	18,2	18,3	18,9	18,5
Slowenien	8,0	6,1	8,9	8,4	6,9	5,0	7,9	7,6	7,0	6,3	6,2	6,2
Tschechien	10,7	2,1	3,9	4,7	4,0	3,9	6,0	8,6	9,0	8,4	8,8	8,7
Ukraine	10,6	22,8	28,2	12,3	9,1	8,0	3,8	4,3	4,2	3,9	4,0	4,2
Ungarn	14,3	10,0	9,8	9,2	5,2	4,5	7,8	7,1	6,4	5,7	5,7	5,6

Quelle: Nationale Statistiken, BA/CA Konzernvolkswirtschaft

# Osteuropa

	<b>Budgetsaldo</b>						<b>Leistungsbilanz</b>					
	<i>(in % des BIP)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	1,1	-0,9	-1,1	-0,9	-1,0	-0,9	-0,5	-5,3	-5,6	-6,8	-6,9	-6,2
Kroatien	-1,5	-7,1	-7,6	-4,8	-4,2	-3,5	-7,0	-7,6	-2,8	-3,7	-2,8	-3,1
Polen	-3,2	-3,2	-2,6	-4,9	-5,9	-5,0	-4,4	-8,1	-6,3	-3,9	-3,8	-3,7
Rumänien	-2,8	-2,6	-3,6	-3,6	-3,0	-3,3	-7,2	-3,8	-3,7	-6,2	-6,6	-7,3
Russland	-8,0	-3,3	3,0	2,0	0,6	0,0	0,2	12,9	17,8	11,2	3,8	3,3
Slowakei	-5,5	-3,9	-7,0	-6,5	-6,9	-4,9	-10,1	-5,8	-3,3	-9,1	-8,0	-5,8
Slowenien	-0,8	-0,6	-1,4	-1,4	-2,6	-0,8	-0,8	-3,9	-3,3	-0,4	-0,5	-0,6
Tschechien	-2,9	-3,4	-4,6	-7,0	-9,2	-6,3	-2,4	-3,0	-4,7	-5,0	-4,6	-4,2
Ukraine	-3,4	-2,2	-2,4	-1,3	-2,7	-2,3	-3,3	2,8	4,8	3,4	2,2	1,2
Ungarn	-4,7	-3,4	-3,4	-3,3	-3,2	-3,1	-4,9	-4,3	-2,9	-2,2	-2,5	-3,0

	<b>FDI-Zufluss</b>						<b>Auslandsverschuldung</b>					
	<i>(in Mio. USD)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bulgarien	546	478	752	413	900	850	83,8	82,3	86,5	76,7	75,4	69,8
Kroatien	780	1.427	1.106	1.080	1.000	1.000	44,1	49,0	57,8	53,9	54,1	51,3
Polen	5.989	5.797	8.315	5.000	3.000	4.000	37,6	42,4	44,1	41,9	42,9	43,9
Rumänien	2.100	1.029	1.018	1.154	1.400	1.500	25,6	28,9	29,8	31,3	33,7	33,5
Russland	2.761	3.309	2.714	2.900	6.000	7.000	62,5	84,1	54,9	44,4	40,4	36,4
Slowakei	252	711	1.920	1.500	3.000	1.400	58,5	53,4	54,8	54,8	50,6	51,1
Slowenien	131	68	133	338	450	500	25,3	27,4	34,3	36,2	35,2	33,3
Tschechien	3.841	4.204	3.577	4.000	6.500	4.000	43,2	42,6	40,7	40,9	37,7	37,5
Ukraine	747	420	450	690	750	600	43,6	61,5	54,3	41,0	36,4	34,2
Ungarn	1.455	2.631	196	728	650	900	58,0	60,1	67,3	65,5	58,5	58,8

## Zinsen und Währungen

	<b>3M-Geld</b>			<b>5J-Benchmark</b>			<b>Wechselkurs ... /Euro</b>		
	25.3. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	25.3. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	25.3. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Polen	9,6	8,8	8,5	9,0	8,5	8,8	3,6	3,7	3,9
Slowakei	7,6	7,5	7,2	7,6	7,6	7,4	41,8	42,5	43,0
Tschechien	4,3	4,3	4,7	5,0	5,0	5,6	31,1	32,0	31,4
Ungarn	8,4	8,0	7,7	7,5	7,1	6,9	243,6	248,5	248,5

1) Ungarn 3J-Benchmark

Quelle: Nationale Statistiken, BA/CA Konzernvolkswirtschaft